Liberale Wählerversammlung.

Halle, 29. Juni.

Die Wählerversammlung, welche der „Verein der Liberalen" für gestern nachmittag 4 Uhr nach dem großen Saale des „Prinz Karl" einberufen hatte, nahm einen äußerst wohlthuenden und erhebenden Verlauf. Das große Etablissement war bis auf den letzten Platz gefüllt und zwar fast ausschließlich von den Anhängern des Liberalismus, von den Freunden der Kandidatur des Herrn Dr. Alexander Meyer. Die gegnerischen Parteien (Konservative und Sozialdemokraten) waren nur in ganz geringer Zahl vertreten. Die Stimmung in der Versammlung war eine ganz ausgezeichnete. Von Muthlosigkeit und Mattigkeit war absolut nichts zu verspüren, vielmehr bekundete der fortgesetzt gespendete lebhafte Beifall, daß ein starker Strom liberalen Empfindens die Versammlung erfüllte, ja mehrfach kam es sogar zu Bekundungen einer frischen liberalen Kampfeslust, besonders bei den unfeinen Provokationen, die ein Vertreter des Bundes der Landwirthe, Herr Dr. Kreubel, fortgesetzt in die Versammlung hineinschleuderte, und auf welche natürlich in gebührender Weise reagirt wurde. Es war lediglich die Schuld des vorgenannten Herrn, daß es da zu aufgeregten Scenen kam, denn daß die Versammlung auch die Ueberzeugung der Gegner mit der nöthigen Achtung anhören wollte, wenn sie in würdiger Weise ausgesprochen werde, hat sie alsbald der Rede des Herrn Professor Dr. Suchsland gegenüber bewiesen. Das Hauptverdienst an dem glänzenden Verlaufe und Ergebniß der gestrigen Versammlung gebührt natürlich den liberalen Rednern in derselben, den Herren Reichstagsabgeordneter Dr. Pachnicke, Dr. Alexander Meyer und Geh. Rath Professor Dr. Löning. Wir geben unseren Lesern die Reden dieser Herren weiter unten im vollen Wortlaute und können die aufmerksamste Durchsicht derselben nur eindringlichst anrathen. Man wird da eine Fülle von Anregung und Aufklärung finden, und den tiefen, besiegternden Eindruck, den die Reden auf die große gestrige Versammlung machten, sich auch bei dem Durchlesen derselben verschaffen. Die gestrige Versammlung, welche um 4 Uhr von Herrn Prof. Dr. Kohlschütter eröffnet wurde, erreichte erst um 3/4 8 Uhr ihr Ende. Sie hatte also nahezu vier Stunden gedauert und ununterbrochen das Interesse der Theilnehmer aufs höchste gefesselt. Es war eine erfolgreiche Versammlung, deren Nachwirkungen, wie wir zuversichtlich hoffen, sich morgen am Wahltage in einer für die Sache des Liberalismus glücklichen Weise geltend machen werden.

Nachstehend lassen wir nun den ausführlichen Bericht über die Versammlung folgen.

Prof. Dr. **Kohlschütter**: Als Vorsitzender des liberalen Wahlvereins eröffne ich die Versammlung, die dazu dienen soll, in letzter Stunde noch einmal die Prinzipien unserer Partei darzulegen und Ihnen unseren Kandidaten vorzustellen. Der Wahlkampf hat lange genug getobt, sodaß jeder Wähler seine Stellung hat nehmen können. Sie kennen die Grundsätze der verschiedenen Parteien, die sich entgegenstehen und an Ihnen ist es, nun zu entscheiden, wem Sie übermorgen Ihre Stimme geben wollen. Wir haben Ihnen über das, was im Reichstage und Abgeordnetenhause geschehen ist, unsern Standpunkt dargelegt. Wir sind nicht imstande, jeder einzelnen Klasse Versprechungen zu machen, Versprechungen, von denen wir nicht wissen, ob wir sie erfüllen können oder nicht. Wir vermögen nur unsere politischen Anschauungen darzulegen und werden künftig diese Anschauungen vertreten, weil wir sie für berechtigt halten. Wir wünschen, daß unser Kandidat in den Reichstag gewählt wird, ohne indeß auf Stimmenfang auszugehen. Höher aber steht uns die Ansicht, daß jeder Wähler seiner Ueberzeugung folgt, unbeirrt durch Wahlbeeinflussungen, Versprechungen, sei es von welcher Seite sie kommen. Nach Herrn Dr. Pachnicke wird Herr Dr. Meyer das Wort ergreifen, um noch einmal zu zeigen, weß Geistes Kind er ist. Wir sind der Ueberzeugung, daß es ein guter Geist ist und hoffen, daß übermorgen dieser gute Geist siegen wird. (Bravo).

Dr. **Pachnicke**: Geehrte Herren: Die Wahl ist eine Frage an das Volk. Die Regierung fragt und jeder Staatsbürger soll antworten. Er soll darüber entscheiden, ob er zufrieden ist mit dem, was in der letzten Zeit auf politischem Gebiete geschehen ist, mit den Gesetzen, die erlassen worden sind, er soll darüber ein Urtheil fällen, ob der ganze Gang des öffentlichen Lebens ihm behagt oder nicht. Mit seinem ganzen Schicksale, seinem Wohl und Wehe ist der einzelne an den Staat geknüpft und hat ein Interesse daran, daß die Dinge so laufen, daß er dabei bestehen kann. Er wird sich jedesmal für die große Stunde der Entscheidung zu fragen haben: Will ich denn eigentlich, daß so weiter regiert wird, wie es bisher geschah?

Da kommt für ihn die Verpflichtung zurückzublicken und sich klar zu machen, was die letzte Zeit gebracht hat und ob es so weiter gehen soll.

Nun, meine Herren, bitte ich Sie, blicken Sie einmal zurück. Was ist geschehen — sagen wir — in den letzten zwanzig Jahren. Erinnern Sie sich, daß Ende der siebziger Jahre eine Wendung in unserer inneren Politik eintrat. Es begann die konservative Aera. Mit welchen Verheißungen trat sie in das Leben, mit welchen Hoffnungen folgte man ihr in gewissen Kreisen. Und jetzt präsentiren wir die Rechnung. Jetzt fragen wir: Was ist denn erreicht von dem, was man angestrebt hat, was man versprochen hat? Und nun ziehen Sie einmal das Fazit der Politik der letzten beiden Jahrzehnte.

Was ist dann über Deutschland gekommen, wohin sie blicken, meine Herren, im wirthschaftlichen Leben? Die wirthschaftspolitischen Gesetze, was brachten sie uns denn? Mehr Fesseln für die Gewerbetreibenden aller Art und mehr Vollmachten für die Behörden! Das ist der Inhalt der ganzen gewerbepolitischen Gesetze, die in letzter Zeit ergangen sind. Und auf dem Gebiete der Steuerpolitik unendlich viele neue Steuern, die zum Theil nothwendig waren, deren Beträge zum andern Theil aber für Zwecke ausgegeben sind, die nicht nothwendig waren. Wenn Sie alles in allem nehmen, ich glaube nicht, daß Sie befriedigt sind.

Am meisten aber werden Sie, wird jeder, der mit ernstem Blicke die heutigen Verhältnisse betrachtet, darüber unzufrieden sein, daß im ganzen deutschen Vaterlande ein Geist großgezogen worden ist, der uns nicht gefallen mag, ein Geist der Selbstsucht!

Es ist ein Kampf aller gegen alle losgebrochen, jeder möchte an den Staat heran; jeder kommt mit seinen Sonderinteressen und verlangt von dem Gesetzgeber, daß er nur diese Interessen berücksichtigt. Alle kommen sie an die Krippe des Staates, alle wollen sie aus dieser Krippe fressen und jeder drängt den andern hinweg und läßt ihn höchstens dann heran, wenn nöthig ist, neuen Hafer einzuschütten. Wer wird schließlich in diesem Handgemenge Sieger bleiben, wer wird den Hauptvortheil davontragen? Das wird der Kräftigste und Mächtigste. Das ist die Kehrseite der Interessenpolitik, die sich gezeigt hat, so lange die Welt steht, daß sie zuletzt immer ausgeschlagen ist zu Gunsten der Großen und Mächtigen und zum Nachtheil des schwächeren Theils, des kleinen Mannes und des Mittelstandes. (Bravo.)

Man hat begehrlich gemacht, nun ist der Trieb ins Holz geschossen und groß geworden, daß er andere edlere Pflanzen überwuchert hat. Jetzt ist es Zeit, daß man diesen Zweig einmal wieder gründlich beschneidet. Ich möchte mit Ihrer Uebereinstimmung feststellen: es ist hohe Zeit, daß wir mit dieser Art von Interessenpolitik brechen, daß jetzt die Politik des Gemeinwohles wiederkehrt, jene Politik, die eine ausgleichende Gerechtigkeit übt, die den Grundsatz nicht verläßt, daß schließlich der Staat für alle da ist, für alle Stände, alle Klassen, und nicht nur für eine Klasse allein; daß man sucht, die Gegensätze auszugleichen und nicht nur immer zu verschärfen.

Meine Herren! Wenn wir die Blüthen der Politik, wie sie in letzter Zeit wahrnehmbar geworden sind, näher prüfen, was ergiebt sich da? Nehmen Sie nur das Allerneueste, was am ersten geschehen ist, was frisch in aller Gedächtniß lebt. Nehmen Sie die Gewerbenovelle! Die wurde befürwortet unter der Firma: „Schutz des Mittelstandes." Eine gute Firma! Eine Firma, die wir zu der unsrigen machen möchten. Aber was ist unter der Parole: „Schutz des Mittelstandes" geschehen? Am Ende aller Enden wird auch diese Gewerbenovelle wiederum nur die Starken noch stärker und die Schwachen noch schwächer machen. Man verbietet dem einzelnen Gewerbetreibenden, der sein Geschäft mit größerer Thatkraft betreibt, daß er einmal einen Privatkunden aufsucht, daß er, wenn die Konkurrenz ihm auf den Hals rückt, sucht auf andere Weise neue Kundschaft zu erwerben. Nur auf ausdrückliche Aufforderung darf jetzt noch ein Gewerbetreibender Privatkunden aufsuchen oder aufsuchen lassen.

Da kommen nun erst recht die großen Versandhäuser, die Bazare, die Geschäfte mit den großen Kapitalien, die reich ausgestattete Musterkataloge in die Welt schicken können und die Gegend überschwemmen können mit frankirten Postkarten, die man nur in den Briefkasten zu werfen braucht, worauf gedruckt ist: „Ich bitte Sie, Ihren Angestellten mich besuchen zu lassen." Die großen Geschäfte werden durch das Gesetz nicht behindert, nur der kleine Geschäftsmann wird zurückgeschoben und in die Ecke gestellt, und das Feld freigemacht für den Großbetrieb. Diese Dummheit ist heute angerichtet und diesen Schutz des Großbetriebes, diese künstliche Begünstigung der Versandhäuser nennt man heute auf der rechten Seite des Reichstages: Schutz des Mittelstandes. (Bravo.) Nur auf ausdrückliche Aufforderung darf ein Geschäftsinhaber einen Privatkunden besuchen. Meine Herren! Ein Mitglied unserer Fraktion, der aus Nassau gebürtig ist, erzählte uns, wie es einmal in Nassau gewesen ist. Da bestand vor vielen Jahren, als die Gewerbefreiheit noch nicht eingeführt war, auch das Verbot des Detailreisens; da sollte auch nur auf ausdrückliche Aufforderung ein Angestellter einen Privatkunden besuchen. Was machte nun der Angestellte? Er kam zu einem Privatkunden, klingelte, es wurde ihm aufgethan und er ließ sich nun nieder zu einem gemüthlichen Gespräche, das kann der Gesetzgeber ja nicht verbieten; er frägt, wie es der Familie geht, der Frau, den Kindern usw., bis endlich der etwas gelangweilte Besuchte ihm sagte: Lieber Schulze, nun kommen Sie doch endlich zum Thema; ich bitte, sagen Sie, was Sie eigentlich wollen? Jetzt kann Schulze auspacken, der Hausherr hat ihn ja aufgefordert, und sein Geschäft abmachen. (Heiterkeit.) Bisher hat ihn Schulze nur als Mensch besucht, jetzt besucht er ihn als Detailreisender. — So umgeht man derartige Bestimmungen.

Man versucht, der wirthschaftlichen Entwickelung Zwirnsfäden in den Weg zu legen, und die dadurch gehindert werden sollen, springen darüber hinweg und am weitesten springen noch immer die Gewandtesten und die Gewandtesten pflegen die Allergrößten zu sein. So nützt das Gesetz nur den großen Geschäften, und da wir die großen Geschäfte gegen die kleinen nicht unterstützen wollten, so stimmten wir gegen das Gesetz.

Ein anderes Gesetz! In zwei bis drei Tagen soll die dritte Lesung stattfinden und die konservative Partei drängt sehr stark darauf. Sie will ja noch das Margarinegesetz vor dem bürgerlichen Gesetzbuch in den bergenden Hafen bringen und hat noch am Sonnabend beantragt, zunächst das Margarinegesetz, dann erst das bürgerliche Gesetzbuch zu berathen. Wir meinen es umgekehrt, wir glauben, daß das bürgerliche Gesetzbuch einen großen Vorrang beanspruchen dürfte.

Unter Margarine verstehen wir das veredelte Produkt eines an sich gesunden Speisefettes, Butter ist besser, darüber besteht kein Zweifel, und wer Geld hat, kauft sich Butter und nicht Margarine, wer aber in der Lage ist, nicht genug Geld zu besitzen, für den ist es ein Fortschritt, das werden Sie zugeben — wenn er von dem schlechten amerikanischen Schweineschmalz übergeht zur Margarine, die aus besseren Stoffen hergestellt, auch etwas theurer ist. Warum nun den Genuß von Margarine für den kleinen Mann unmöglich oder fast unmöglich zu machen. Durch das Margarinegesetz? Zwei Dinge stehen in demselben, die die Hauptsache bilden: das Farbeverbot und die Forderung getrennter Verkaufsräume.

Man soll die Margarine nicht mehr färben dürfen. Grau, gräulich soll sie aussehen, und damit jeden abschrecken, der ja noch zu diesem Speisefette greifen wolle. Und der Geschäftsmann, der sie verkauft — da wende ich mich an unsere Geschäftsleute und frage: Wollten Sie, m. H. aus dem Kaufmannsstande wirklich gezwungen sein, in getrennten Räumen künftighin einerseits Margarine, andererseits Butter verkaufen zu müssen. Das thut dieses Gesetz. Sie brauchen dann zwei Laden; wenn nun ein kleiner Geschäftsmann einen Laden hat, wo hat er denn gleich den Nebenraum, um in diesem Margarine zu verkaufen? Gerade der kleinste Kaufmann hat einen derartigen Raum nicht zur Verfügung, er muß theure Miethe bezahlen, das alles will man ihm zumuthen. Warum? Weil die Herren Agrarier es so wünschen.

Und weiterhin eben erst bei dem bürgerlichen Gesetzbuche haben Sie in einer sehr interessanten Debatte gesehen, wohin der Kurs eigentlich gerichtet ist. Es giebt einen Punkt, über welchen die Herren Agrarier aus den ostelbischen Provinzen wild werden und das ist das Wild. M. H.! Hier war es der Hase, der übermäßig wild ja nicht ist: man attestirte ihm feierlich, er sei ein harmloses Thier. Aber ein derartiges harmloses Thier hat die Gewohnheit umherzulaufen und seine Nahrung da zu suchen, wo er sie findet und meist findet er sie auf fetten Bauernäckern. Wenn der Hase seinen Stand dort, wo er frißt, nicht hat, sondern anderswo, so sagen wir, es ist ein Schaden angerichtet, der Schaden soll ersetzt werden und deshalb haben wir dafür das beim bürgerlichen Gesetzbuch als Wildschadenersatz geregelt. Es soll auch der Hasenschaden einbezogen werden in die Wildschäden, für welche Ersatzpflicht zu stellen ist. M. H.! Sie hätten sehen sollen, mit welcher Inbrunst man Freund Lampe vertheidigte: man suchte ihn herauszubringen aus dem bürgerlichen Gesetzbuche; alles, nur der Hase nicht; ja den Falan ließ man noch hineinfliegen; der Hase sollte aber herauslaufen. Das ging selbst soweit, daß ein Redner, der 12 Jahre hindurch die Kunst des Schwätzens geübt hatte, das Wort ergriff; der Hase trieb ihn auf die Rednerbühne, für den Hasen legte er eine Lanze ein. In der That! der Hase ist gerettet, der Hasenfraß wird von Reichswegen nicht entschädigt. Der Bauer, auf dessen Feldern der Hase gehaust hat, mag sehen, was wird. Wir meinten, erste Pflicht des Gesetzgebers sei, das Eigenthum und die Arbeit zu schützen auch die bäuerliche Arbeit, und wer schließlich das Jagdinteresse hat, wer gern dem edlen Waidwerk obliegt, wir haben nichts dagegen, sind aber unbescheiden genug zu verlangen, daß wer das Vergnügen hat, auch die Kosten zahlen solle. (Bravo!) Wir finden es ungerecht, daß der eine sich amüsirt und der andere bezahlt, und weil wir es unrecht fanden, drängten wir hier auf eine Regelung auch des Ersatzes von Hasenschaden im bürgerlichen Gesetzbuche von Reichswegen, also überhaupt auf eine Regelung des Wildschadenersatzes. Denn das hat der deutsche Reichstag — soviel wir an ihm auszusetzen haben — vor den meisten einzelnen Landtagen voraus, daß er gewählt ist auf Grund des allgemeinen, gleichen und geheimen Wahlrechts, so sehr kann man denn doch im Reichstage den kleineren Leuten, den Schwächeren nicht den Fuß auf den Nacken setzen wie in den Einzellandtagen, wo ja der Großgrundbesitz naturgemäß einen großen Einfluß besitzt. Denken Sie an Preußen, an das Wahlrecht zum Landtage, das in Preußen herrscht, denken Sie beispielsweise an Mecklenburg, wo überhaupt nur der Großgrundbesitzer zusammen mit den Bürgermeistern das Heft in Händen hat, der Bauern- und der Bürgerstand gar keine Vertretung besitzt; da ist es sicher, daß in allererster Linie diejenigen Interessen wahrgenommen werden, die zusammenhängen mit denen, die die Gesetze machen, die Interessen des Großgrundbesitzes.

M. H. Das ist so das letzte, das Neueste, was sich eben jetzt verändert hat und was Ihnen deutlich zeigt, wie der Hase läuft, wohin die Reise geht.

Nun kommen freilich Kandidaten in solchen Wahlkämpfen und versichern Ihnen — und ich zweifle nicht daran, in bester Absicht —: Ach, das wollen wir ja alles garnicht; wir sind ja für die kleinen Leute, wir sind ja für den Mittelstand, wir wollen ja — mir ist noch vorhin ein Wahlflugblatt überreicht worden, in welchem sich dieser Satz findet — nur die Begünstigung derjenigen Stände, die besonderen Schutzes bedürftig sind, ohne daß wir irgend jemand anders zu nahe treten. Ja m. H., das heißt Unmögliches versprechen. Wenn ich einen begünstige, so benachtheilige ich den anderen. (Sehr richtig.) Zur Konkurrenz im wirthschaftlichen Leben gehören zwei, genau so wie zur Ehe und sogar zum Termingeschäft; der eine kann nur begünstigt werden auf Kosten des anderen. Nehmen sie für den einen Partei, so nehmen Sie gegen den anderen Partei. Also man soll da nicht zuviel versprechen.

Nehmen wir aber an, die Vorsätze seien die allerbesten, sein Weg — ich meine der Weg des anderen Kandidaten zum Parlamente — sei mit den besten Vorsätzen gepflastert, so scheint mir nur eins unabweisbar zu sein. Es ist ein Erfahrungssatz, den Sie mir bestätigen werden, wenn jemand in eine Mehlkiste kriecht, so geht er nie ganz schwarz heraus, und wenn jemand in eine besondere Fraktion sich begiebt, so färbt auch die Fraktion schließlich ab. Mag man also großer Grundbesitzer sein, mag man Bündler aus eigenem Interesse sein oder nur Gefolge des Großgrundbesitzers und des Bündlers, schließlich kommt es auf dasselbe heraus. Es werden dann diejenigen Gesetze gemacht werden, Gesetze in dem Geiste gemacht werden, der bisher der herrschende gewesen ist und der uns garnicht gefällt und der Betreffende wird diese Gesetze ganz nothgedrungen mitmachen müssen. Wenn aber eine besondere Empfehlung darin erblickt wird, daß irgend ein Kandidat gerade einem Gewerbekreise angehört — sagen wir Handwerker ist — und es könnte auch irgend ein anderer Erwerbkreis sein, so möchte ich dem gegenüber sagen, es kommt nicht darauf an, was einer ist, sondern wie einer denkt. Und wie denken nun unsere Herren Gegner? Achtung auch vor der gegnerischen Ueberzeugung. Aber man lasse auch uns das Recht unserer Ueberzeugung darzulegen und unsere Gründe vorzutragen, die zugleich eine Widerlegung der Gegengründe in sich enthalten sollen.

Nun sagt ein Handwerkerkandidat in der Rede z. B.: Ich werde die kranke Welt heilen erstens mit dem Befähigungsnachweis und zweitens mit Zwangsinnungen. Dieses Recept aus der zünftlerischen Apotheke werden wir, einer gesunden medicinischen Richtung huldigend, im einzelnen einer näheren Prüfung zu unterziehen haben.

Der Befähigungsnachweis soll nun das gedruckte Handwerk retten. M. H. nehmen Sie einmal an — und das ist der Sinn des Befähigungsnachweises — daß nur derjenige Handwerksmeister noch ein Gewerbe betreiben dürfe, der die Meisterprüfung abgelegt hat; was ist die Folge? Wer geprüft ist, darf nur in dem Fache arbeiten, für das er geprüft ist, sonst hätte die Prüfung keinen Sinn! Er darf also niemals in ein anderes Gewerbe übergreifen, für das er nicht geprüft ist. Jetzt ist die nächste Folge die: Nach Einführung des Prüfungszwangs unterscheiden Sie genau zwischen einzelnen Gewerben; sagen Sie von Gesetzes oder Verwaltungswegen: was ist Tischlerarbeit, was ist Schlosserarbeit, was ist Schmiedearbeit u. s. w. hindurch durch die hunderte von Gewerbearten, die es heute giebt; können Sie genau die Grenzen ziehen? Wissen Sie jetzt, frage ich Sie, wenn ein Tischlermeister unter uns ist, genau zu sagen, was bei jedem einzelnen Gegenstande in ein bestimmtes Fach schlägt; ob beispielsweise eine bestimmte Arbeit Zimmerarbeit oder Tischlerarbeit ist? Ich lege Ihnen eine praktische Frage vor. Ich habe mir ein Bücherbrett anfertigen lassen; zu welcher von beiden Arbeiten ist dasselbe zu rechnen? Das können Sie nicht genau entscheiden. Welche Stelle soll aber in zweifelhaften Fällen die Entscheidung treffen. Eine Instanz, eine Stelle muß doch da sein, die darüber befindet. Natürlich die hohe Polizei oder eine Kommission, deren Vorsitzender irgend ein höherer Beamter, sagen wir, um ganz sicher zu gehen, ein Regierungsassessor ist. Ein Assessor kann und weiß bekanntlich alles (Heiterkeit), kann selbstverständlich auch entscheiden, was Zimmer- und Tischlerarbeit ist. (Bravo). Da können Sie es erfahren, wenn Sie es bisher nicht gewußt haben.

Nun aber kommt ein zweites Gewerbe. Da es gerade Sonntag nachmittag ist und Sie sich erst mit seinen Erzeugnissen beschäftigt haben werden, ich meine die Bäckerei und Konditorei. Was thut der Bäcker? Er stellt Schwarz- und Weißbrot her. Und der Konditor? Er macht Kuchen. Wollen Sie aber genau sagen, wo das Weißbrot aufhört und der Kuchen anfängt? Welcher Zusatz von Zucker und Milch nöthig ist, um von dem Mehl Kuchen herzustellen, wieviel zum Weißbrot? Was ist Kuchen? Ja Kuchen m. H., das kann man nicht gesetzlich regeln. Das läßt sich auch von Polizeiwegen nicht machen.

Es ist der Sinn der Gewerbefreiheit, die in letzter Linie darauf hinausläuft, daß sie jedem Einzelnen die Möglichkeit giebt, von seinen Kräften den nützlichsten Gebrauch zu machen. Es kann von der Herrschaft der Gewerbefreiheit, die zügellos ist, keine Rede mehr sein. Denn man hat Jahre hindurch mindestens eine, oft auch mehrere Schranken aufgerichtet. Unter der Herrschaft der Gewerbeordnung kann der Handwerker, dessen Gewerbe zurückgeht aus irgend welchen Gründen, zu einem verwandten Gewerbe übergehen, das seinen Mann besser ernährt, weniger Konkurrenz hat. Ja, es können Fälle vorkommen, daß einer Korbmacher gelernt hat, nachher dazu übergeht, Schuhwaaren herzustellen, dann später die Werkzeugfabrikation zu erlernen und mit solchen Artikeln zu handeln. (Heiterkeit.) Alle diese Dinge können und dürfen vorkommen.

Wir können heute, nachdem wir die Tage der Stadtwirthschaft, die Tage der Nationalwirthschaft verlassen haben und in die Epoche der Weltwirthschaft eingetreten sind, nicht mehr für jeden einzelnen Gewerbetreibenden das Jagdrevier feststellen. Die Konkurrenz ist das treibende Motiv geworden, dagegen kann man nicht anders anfreten, als nur dadurch, daß man sich selbst so tüchtig wie möglich macht und andern die Spitze zu bieten sucht. (Bravo!)

Die Handwerker in ihrer Mehrheit wollen den Befähigungsnachweis ja nicht, sobald man ihnen klar sagt, worum es sich handelt, wenn der Gedanke, der in solchen Köpfen lebt, zu Ende gedacht wird; das wird auch bewiesen durch die Thatsache allein, daß in der Innungsbewegung nur etwa der zehnte Theil der deutschen Handwerksmeister steht, ja das ist schon zuviel gesagt, ja man kann sagen, daß die Innungen überhaupt nur den zehnten Theil der Handwerker umfassen.

Die genossenschaftliche Idee haben wir stets gepflegt. Von dem Zunftwesen will aber selbst ein großer Theil der Innungsmeister nichts wissen. Er sagt sich, der alte Zopf ist abgeschnitten, und soll aus der Ecke, in die er geworfen ist, nicht wieder hervorgesucht werden. Denn das paßt nicht in die Gegenwart.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-18960629026/fragment/page=0001

Auch von dem einen Zehntel sind sehr viel garnicht zünftlerisch gesinnt. Das Gegentheil ist eine Behauptung, die sich nicht beweisen läßt. Er ist nur ein kleiner aber lauter Kreis von Handwerkern, der das verlangt.

Die Zwangsinnungen, das ist das zweite. Was sollen diese? Stellen sie sich alle Handwerksmeister zusammengepfercht vor. Was sollen diese, die Hauptaufgabe des Handwerksstandes liegt darin, für das Lehrlingswesen zu sorgen, in der Lehrlingsausbildung liegt der Schwerpunkt des Handwerks. Die Handwerkerfrage ist in erster Linie Bildungsfrage.

Der größte Feind des kleinen Betriebes ist der Großbetrieb. Das Handwerk leidet, aber es leidet deshalb, weil der Großbetrieb es überflügelt, weil die Fabrik, die sich neben dem Handwerker aufthut, infolge großer Kapitalien, Maschinenarbeit billiger liefern kann, den kleinen Meister bedrückt und bedrängt. Hierin kann ihm eine Zwangsinnung aber nichts nützen; er würde in dieser nur mit gebundenen Händen gegenüberstehen dem großen Betriebe. Er darf sich nicht mehr regen, wenn erst der Befähigungsnachweis eingeführt ist, er muß sich ja auf das Handwerk beschränken, für welches er den Befähigungsnachweis erworben hat.

Dagegen die Großindustrie. Nehmen wir die Brauereien an, in welcher eine ganze Anzahl von Gewerben vereinigt ist. Dem Fabrikanten wird man nicht zumuthen können, daß er für alle diese Gewerbe den Befähigungsnachweis erlangt, er ist also dem Handwerker gegenüber bedeutend im Vortheil. Sollte aber ein Industrieller wirklich gezwungen werden, für alle in seiner Fabrik betriebenen Gewerbezweige den Befähigungsnachweis zu erlangen, so würde er vielleicht damit zu Ende sein, wenn er am Grabe steht.

Solche Forderungen erheben nicht einmal die Zünftler. Was dem Kleinhandwerker helfen kann, ist eine gute Ausbildung, der erfolgreiche Besuch einer guten Volksschule, auf welcher sich dann geeignete Fortbildungs- und Fachschulen aufbauen müssen, um tüchtige Handwerker zu erziehen, die befähigt sind, mit Erfolg in ihrem Erwerbszweige thätig zu sein. Die persönliche Tüchtigkeit anzustacheln, den Einzelnen hochzuheben auf eine höhere Stufe der Leistungsfähigkeit, das ist es, was dem Handwerker helfen kann. Alles übrige ist Kurpfuscherei.

Nun weiter. Sie haben allen Grund, wenn Sie die Bestrebungen jener Parteien, die uns gegenüberstehen, betrachten, sich diesen Bestrebungen nimmermehr anzuschließen. Nehmen Sie die agrarischen Gesetze, blicken Sie auf die agrarische Gefahr, die heute die ernsteste Gefahr ist, die uns alle bedroht, die einzige vielleicht. Wohin treiben die Agrarier, wohin treibt der Bund der Landwirthe? Dieser Bund ist hier aufgetreten und hat auch hier versucht, Boden zu gewinnen. Betrachten wir ihn bei Lichte. Was ist der Bund der Landwirthe? Er ist eine Schöpfung von Großgrundbesitzern für Großgrundbesitzer. Es giebt ja Leute, die sich ins Schlepptau nehmen lassen, ohne Großadel, Großgrundbesitzer zu sein. Die Führer sind die Herren aus Ostelbien, Graf Mirbach, Graf Kanitz, Herr von Plötz, der bekannte Börsenfeind und Börsenspieler (Bravo!). Es ist begreiflich, wenn diese Leute glauben, der preußische Staat gehe zu Grunde, wenn der preußische Junker zu Grunde gehe. Wir sind milde in der Beurtheilung der Gegner. Wir sollen die ausgleichende Gerechtigkeit üben; wir sollen am wenigsten den Mächtigsten uns zur Verfügung stellen, am allerwenigsten aber jener kleinen, aber mächtigen Partei, die Sie alle kennen, die Klinke der Gesetzgebung in die Hand geben. Sie würden bald am eigenen Leibe verspüren, was es heißt, den Bestrebungen jener Herren zum Siege zu verhelfen. Wenige Jahre noch, dann laufen die damals unter heißen Kämpfen abgerungenen Handelsverträge ab, und wiederum erhebt sich jene große Frage, sollen wir sie erneuern, oder sollen wir sie fallen lassen, wirthschaftlicher Friede unter den Völkern oder wirthschaftlicher Krieg. Das wird die Frage sein im Jahre 1901. Wir sind für diesmal noch nicht soweit gelangt, daß wir die Frage jetzt schon zu entscheiden haben werden. Aber Sie werden sich sagen, wenn Nachwahlen so ausfallen, daß der Schein erweckt wird, es möchten jene Bestrebungen doch mehr von der Bevölkerung hinter sich haben, als man geglaubt hat, wird man in maßgebenden Kreisen sich bestärkt fühlen, in Ihrer Schwäche, Ihrer Nachgiebigkeit gegenüber jenen Bestrebungen ein Zeichen zu sehen, daß jene Bestrebungen doch gerechtfertigt sein müßten.

Was bedeutet es für Sie, für die Industrie, wenn die Handelsverträge nicht wieder erneuert werden? Wir sagen damit dem Auslande ab, wir brechen die Brücke ab, wir werfen Rußland, England, Oesterreich-Ungarn, Frankreich den Fehdehandschuh hin und sagen hier, wir haben nichts mehr mit ihnen zu thun. Wir werden unsere Zölle so hoch stellen, wie es uns paßt. Was ist die Folge? Ich habe einmal in den Fliegenden Blättern ein hübsches Bild gesehen; da stand auf der Grenze zwischen beiden Heeren nicht ferne sich gegenüber ein österreichischer Landwehrmann mit seinem Gewehre auf der Wacht und philosophirte angesichts des in der Nähe stehenden feindlichen Postens: Das Hinüberschießen wäre schon ganz schön, wenn nur das Herüberschießen nicht wäre. (Heiterkeit.) Darin liegt in der That die Gefahr. Denn was wir können, das kann auch das Ausland, und wenn wir unsere Zölle erhöhen, thut solches auch unfehlbar das Ausland, und was das bedeute, wollen Sie an der einzigen Ziffer ermessen, daß die Ausfuhr jetzt bereits im Jahre der Werth von 3 Millionen weit überschreitet. So mächtige Interessen sind aber in Gefahr. Wir nehmen nicht alles auf, was das Inland erzeugt, wir brauchen Absatz nach dem Auslande. Fällt derselbe weg, müssen die Fabriken stillstehen, die für den Export eingerichtet sind. Hunderttausende von Arbeitern werden elend aufs Pflaster geworfen und die Not zieht ein, wo jetzt noch vielleicht ein leidliches Auskommen möglich war. So treibt ein Keil den andern, und dazu dürfen wir die Hand nicht bieten. Aber der Bund der Landwirthe und seine Anhänger sind leicht geneigt und froh bereit, diese Verträge in den Abgrund zu werfen. Die sollen uns ja so sehr geschadet haben. Ich meine, wir haben sie so nöthig wie das liebe Brot, wir brauchen sie.

Noch etwas Charakteristisches für die gegnerischen Bestrebungen. In einiger jener Versammlungen war eine Frage aufgeworfen worden, nämlich diejenige der Militärdienstzeit. Es ist schon von meinem Freunde Alexander Meyer damals gesagt worden, wir werden zur Zeit die Forderungen für militärische Zwecke prüfen, aber das zur Erhaltung unseres Vaterlandes unabweisbar Nothwendige werden wir nicht abstreichen. (Bravo.) Soldaten brauchen wir, so lange als die schöne Idee vom ewigen Frieden nicht zu einer ebenso schönen Wirklichkeit geworden ist, weil die krassen Ideen von Abrüstung und Volksmiliz und dergleichen ganz unhaltbar sind. Ich hatte vor etwa 8 Tagen darüber eine Auseinandersetzung mit einem Parteigegner von der äußersten Linken. Ja sagt man, blickt doch auf die Leistung unserer Landwehr in dem Jahre 1813, da ist ja die Volksmiliz. Man muß zugeben, daß die Landwehr dort Großes geleistet hat, aber sie konnte es nur, weil ihr ein Kern wohlgeschulter und wohldisziplinirter Truppen zur Seite stand. Dann ist in dieser Angelegenheit zu sagen: Soll Deutschland zuerst abrüsten? wer wird die Gewähr geben, daß die anderen Völker nachfolgen? Wenn sie es thun, werden wir gern in gleicher Weise vorgehen.

Ja wir sind diejenigen gewesen, die der Friedensidee Bahn brechen wollten, auch in den Parlamenten für die Annährung der Völker eingetreten sind. Ein Triumph ist ja schon der Schritt zur weiteren Annäherung. Wir haben ihn gefördert und jedes Streben, das auf Beruhigung der Geister gerichtet ist, wird von uns unterstützt werden.

Wer aber, der ein politisches Verantwortlichkeitsgefühl besitzt, wagt die Abrüstung zu empfehlen? Wir brauchen ein starkes Heer. Namentlich in Hinblick auf unsere geographische Lage, umgeben von feindlichen Staaten, sind wir genöthigt, ein starkes Heer zu erhalten. Es ist gemeinsames Interesse aller Vaterlandsliebenden. Zunächst ist es der eigene Heerd, der geschützt wird; wenn wir abrüsten, und der Feind dringt ins Land, werden dann diejenigen, welche für die Abrüstung eingetreten sind, alle die Bewohner entschädigen, die durch den Krieg um ihr Hab und Gut gekommen sind?

Wir wollen aber da, wo es möglich ist, Erleichterungen erlangen, wir wollen die Militärdienstzeit so weit gekürzt sehen, als es irgend möglich ist. Wir traten für die zweijährige Dienstzeit ein, die Alten unter uns traten schon Anfang der sechziger Jahre dafür ein und ihnen ist es ein Triumph, ein Blick auf einen schönen Erfolg, wenn sie jetzt auf die Einführung der zweijährigen Dienstzeit sehen können. Weil wir hier glaubten, sie sichern zu müssen, darum nahmen wir die Militärvorlage an, denn mit der Militärvorlage steht die zweijährige Dienstzeit sicher. Wer daher diese Vorlage zu Fall zu bringen bemüht gewesen ist, der hat gegen die zweijährige Dienstzeit gewirkt. Wenn jene 5 Jahre, auf die die Vorlage von 1893 berechnet war, abgelaufen sein werden, dann werden wir wiederum auf fünf Jahre bewilligen. Das wird im allgemeinen jetzt angenommen, daß die zweijährige Dienstzeit feststeht. Und sie wird sicher sein, wenn alle Wähler sich ihrer Aufgabe bewußt sind und die Leute in den Reichstag entsenden, welche für die zweijährige Dienstzeit einzutreten gewillt sind.

M. H. Im Zusammenhange mit diesen Dingen wird Ihnen vielleicht selbst eingefallen sein, da wird noch etwas zu erledigen sein. — Das ist die Angelegenheit, zu der der Reichstag einmüthig Stellung genommen hat. Das ist die Frage des Duells. Darüber sind wir uns klar, die Unsitte des Duells findet in der Hauptsache ihren Halt im Offiziercorps. Da sagen wir nun: weg damit aus sittlichen Gründen. Aus Gründen der Achtung vor dem Gesetze müssen wir gegen den Duellunfug uns aussprechen. Es darf nicht länger möglich bleiben, daß immer erst die Pistolen knallen und die Säbel hauen müssen, bis eine verletzte Ehre wieder hergestellt wird. Dadurch wird die Ehre nicht besser und nicht schlechter. Es war Herr von Bennigsen, der erklärt hat, es möge diese Generation die letzte sein, die das Duell für ein Bedürfniß hält. Eben ist das Wort gefallen, dann ereignet sich im Reichstage ein merkwürdiger Vorfall. Mitten in dem Sitzungssaale wagt es einer jener Edelsten der Nation einem anderen Vertreter einer Nation einen Kartellträger auf den Leib zu schicken und ihn vor die Frage zu stellen, entweder nimmst du zurück oder giebst mir standesgemäße Genugthuung. Das geschieht an der Stelle, wo die Gesetzgebung stattfindet; unglaublich, aber wahr! Er erhielt die Antwort, die er verdiente Durchs Gesetz ist verboten, ein Duell anzunehmen; trotzdem wagt man es aber, offen und unbehelligt vom Staatsanwalte, zum Duell herauszufordern. Ja, m. H., es muß doch eine andere Art sein, die in manchen Kreisen herrscht, ein anderer Ehrbegriff muß dort draußen jenseits der Elbe zu Hause sein, ein anderer in den Kreisen des Bürgerthums; und ich stelle fest, es ist ein Unterschied. Unser Wort gilt in jedem Falle: bei andern Leuten beginnt vielleicht mit derselben Kraft erst ein Ehrenwort. Wir glauben, daß man Verbindlichkeiten erfüllen muß, andere glauben, daß die Erfüllung von Verbindlichkeiten nur in gewissen Fällen nöthig ist. Rechnungen beim Schneider und Schuster können laufen, aber Schulden beim Jeu gemacht, das ist Ehrensache, die müssen sogleich bezahlt werden. Da besteht allerdings ein Unterschied und zwar zu Gunsten des Bürgerthums. Wir sind mit unserem Ehrbegriffen zufrieden, und wir werden dahin wirken, daß dem Gesetz Achtung verschafft wird auch von Herren, die da glauben, sie hätten es nicht nöthig.

Aber diese Fragen werden zum Theil noch übertroffen von den politischen Fragen, die besonders Bezug haben auf die Wahl. Die Hauptsache ist das Wahlrecht, das Vereinsrecht.

Man sagte vor vielen Jahren, was ist das mit dem Recht. Wir wollen jetzt wirthschaftliche Interessen wahrnehmen, wir wollen jetzt Vortheile suchen. Das Haus ist gebaut, nun soll es wohnlich eingerichtet werden. Sehe jeder, wo er bleibe! So verfindete man damals die Interessenpolitik, die recht schichtern und dann immer weniger schüchtern ins Land hereinbrach. Uns hat man vorgeworfen, wir sind Manchestermänner, das sind Leute, die alles gehen lassen, wenn es auch zu Grunde geht. Wie falsch! Wir haben stets gesorgt, soweit wir es konnten, für die wirthschaftlichen Interessen des Arbeiterstandes. Wir haben für die Arbeiterschutzgesetzgebung gestimmt, gegen die die Sozialdemokraten gestimmt haben. Sie werden mir zugeben, wenn sie auch daran etwas auszusetzen haben, ein Fortschritt ist es doch und den empfing der Arbeiter aus liberalen Händen. Wir haben für die Interessen, soweit wir es nach unserem Grundsatz der ausgleichenden Gerechtigkeit thun könnten, so viel wie möglich gewirkt, aber dabei nie vergessen auch jene Freiheitsfragen zu betonen, abgesehen von den wirthschaftlich sozialen Sorgen, die wir mit den anderen theilen. Recht und Freiheit sind nicht bloß zu ersträben um des Ideals willen, sie sind auch werthvoll auch von wirthschaftlichem Standpunkte. Rein materiell genommen, bedeutet das allgemeine, gleiche und geheime Wahlrecht nichts anderes, als daß die unteren Klassen der Bevölkerung in der Lage sind und bleiben, sich vor Bedrückung und Vergewaltigung zu schützen. Eine Gesellschaftsschicht, die kein Recht hat, wird getreten, unterdrückt, überrannt. Ein Stand aber, der das Wahlrecht hat, der ist in der Lage, wo die Gesetze gemacht werden und das Gericht der Verwaltung bestimmt wird, auch seinerseits einzutreten und sich zu wehren. Das ist der innerste Grund des allgemeinen Wahlrechts und darum halten wir daran fest; andere, die konservative Partei, vielleicht, um ganz gerecht zu sein, nicht als Partei, aber in einzelnen Vertretern, ich nenne Graf Limburg-Stirum, v. Stumm, die haben offen ausgesprochen, daß sie mindestens die öffentliche Abstimmung statt der geheimen wünschten und bereit wären, da und dort eine Reform des Wahlrechts eintreten zu lassen. Wer will heute aber nicht Reformen? Es fragt sich nur, was darunter zu verstehen ist. Die Reform bedeutet hier eine Verkürzung des Rechtes. Seien Sie sicher, in dem Augenblicke, wo die Partei, die ich genannt, mit derjenigen, die ihr nahe steht, die Macht gewinnt, in dem Augenblicke wird zuerst das Wahlrecht angetastet. Wer darum sein Recht wahren will, der wähle nicht konservativ.

Aber auch das Vereinsrecht, ist es nicht ebenfalls von wirthschaftlicher Bedeutung? Ein freies Koalitionsrecht ist für unsere Arbeiter die schneidigste Waffe im sozialen Kampfe, und wir haben stets für die freie Vereinigung, für die gesetzliche Anerkennung der Berufsvereine gestreit und gewirkt. Das lassen uns selbst besonnene Sozialdemokraten. Alle haben die Freiheit, sich in Vereinen zusammen zu thun und darin fleißig unendlich viel für das praktische Leben. Das gilt für jeden Stand. Man muß sich zusammenschließen, um durch den Zusammenschluß der Kräfte mehr zu erreichen als der einzelne vermag. Ich nenne hier die Lehrer. Ja, meine Herren, viel von den Wünschen, die die Lehrer auf den Herzen haben, sind heute noch unerfüllt. Aber manches hat er erreicht und wodurch? Dadurch, daß er sich zusammenthat zum preußischen Lehrerverein, zum Deutschen Lehrertag. Dadurch, daß man Forderungen, die berechtigt sind, wieder und immer wieder erhob, gelang es, sie durchzusetzen. Das Vereinsrecht ist also ein Recht, was jedem modernen Staatsbürger nicht mehr verweigert und verkürzt werden darf durch allerlei Schranken. Es hat Sozialdemokraten auf die Anklagebank geführt. Aber mein verehrter Herr Kollege Bebel hat im Reichstage angedroht, er würde die Statuten der anderen Parteien dem Staatsanwalt vorlegen, damit sie sehen, wie es sich auf der Anklagebank sitzt. Wir mußten aus derartigen kleinlichen Schranken heraus. Dazu hat unsere Partei die Hauptarbeit geleistet. Rickert hat selbst einen Gesetzentwurf ausgearbeitet, der in der zweiten Lesung im Reichstage angenommen ist. In der dritten Lesung ist man zurückgegangen auf jenes Verbot, das eben Bebel und Auer auf die Anklagebank gebracht hat. Die öffentliche Meinung stand auf ihrer Seite, das geht daraus hervor, daß gestern wohl der Fürst Hohenlohe erklären mußte, das Bedürfniß für das Gesetz ist anerkannt, wir wollen's machen. Wir hoffen, daß bei der Gelegenheit die Einzelstaaten ihre bezüglichen Bestimmungen außer Kraft setzen. Hoffen wir nur, daß bei der Gelegenheit nicht der Versuch gemacht wird, die Beseitigung als Kompensationsobjekt für andere schöne Forderungen und Verschärfungen des Vereinrechtes zu benutzen.

Nun, nachdem ich Ihnen in kurzen Zügen gesagt habe, wie wir's meinen, da glaube ich mir den Schlußsatz eigentlich sparen zu können. Sie werden wissen, was Sie zu thun und zu lassen haben. Aber eins wird außer allem Zweifel sein. Wenn Sie auf die jüngste Geschichte des deutschen Reiches in den letzten 25 Jahren zurückblicken, so werden Sie sehen, daß es ganz anders gekommen ist, als wir es uns gedacht, anders als wir es gewünscht haben. Als wir nicht ein deutsches Reich, gelangt unter das Joch des ostelbischen Großgrundbesitzers, nicht ein Reich, getragen von konfessioneller Engherzigkeit und Unduldsamkeit, nicht das wars, dem unsere Dichter entgegenjauchzten und unsere Denker das Wort redeten, dem unsere Kämpfer das Schwert widmeten, nein, es war ein anderes Vaterland, das man träumte, nach außen stark, nach innen frei, so dachte man es. Man wollte auch einem jeden das gleiche Recht gewährt wissen, jedem die Möglichkeit gewähren, seine Kraft frei zu entfalten. Man wollte eine Stätte der Gewissensfreiheit, der Glaubensfreiheit, eine Stätte der Wohlfahrt schaffen. Manches ist anders gekommen; aber darum haben wir heute die heilige Pflicht dafür einzutreten, daß die Dinge jene Entwickelung nehmen, die dem Geist des Bürgerthums in Stadt und Land mehr ensprickt als jetzt. Zum Glück gewahren wir in diesem Wahlkreis, daß das Bürgerthum in den großen Fragen zusammengeht. Das ist das richtige: Einem gemeinschaftlichen Gegner eine gemeinschaftliche Abwehr. Und wenn der Augenblick kommt, wenn in zwei Tagen die Entscheidung fällt, dann bitte ich Sie um eins, mögen Sie die Ueberzeugung so oder so gefaßt haben, Sie alle sollen theilnehmen an der Wahl. Sollte es möglich sein, daß ein erheblicher Theil der Bevölkerung fernbleibt, daß das, was wir damals im heißem Kampfe geschaffen haben, ungenutzt zur Seite geworfen wird? Es muß also jeder seine Schuldigkeit als Staatsbürger thun.

Gestatten Sie mir, daß ich am Schlusse auf den hinweise, den wir gewählt zu sehen wünschen. Zum Schlusse einer Erörterung darf man ja persönlich werden. Aber mein verehrter Freund Dr. Alexander Meyer soll nicht fürchten, daß ich in Lobhudeleien verfalle; doch das bescheidene Wort wird er mir nicht verargen; Unser Reichstag hat keinen Ueberfluß von Stimmen, die so sind, wie Dr. Alexander Meyer; (Bravo!) unser Reichstag braucht aber Mitglieder, die jene geistige Ueberlegenheit, die jene Sachkenntniß und meist jenen feinen Humor besitzen, der ihn auszeichnet. Er hat uns oft in schweren Stunden als der beste Redner zur Seite gestanden. Wir würden ihn schwer vermissen. Bewahren Sie uns davor, daß wir ihn vermissen.

Ich schließe damit, m. H., daß ich sage, ein Mann, wie Dr. Alexander Meyer gehört in den Reichstag und darum wählen Sie ihn hinein. (Lebhafter Beifall!)

Dr. Alexander Meyer: Meine Herrn! Ich hatte während der Rede, die sie soeben gehört haben, lange Zeit die Hoffnung, ich würde zum Schluß derselben nur sagen können, ich bin mit allem, was der Vorredner gesagt hat, einverstanden. Diese Freude hat er mir nun durch sein Schlußwort verdorben. Ich muß das Lob, das er mir gespendet hat, in aller Bescheidenheit ablehnen, und ich muß zurückweisen auf die Worte, die ich vor drei Jahren zu Jönen sprach, als ich mich um ein neues Mandat bewarb. Ich hatte eine sehr bescheidene Ansicht von dem, was heutzutage der Einzelne im Reichstage leisten kann. Abgesehen von der Zurückweisung dieses übertriebenen Lobes, was mir gestellt worden ist, hat nun allerdings mein Freund Pachnicke mir die Aufgabe, die mir gestellt war, wesentlich erleichtert, und das ist in der That ein sehr wohlthuendes Gefühl, wenn man dasjenige, was man kennt und empfindet und 14 Tage lang mehr oder weniger unvollkommen ausgedrückt hat, aus einem andern Munde zu hören bekommt, wie man wünschen möchte, es selbst gesagt zu haben. (Bravo!)

Ich erkläre mich vollständig einverstanden mit allen Ausführungen, die Dr. Pachnicke gemacht hat, mit den Ausführungen betreffend den Zolltarif, die Militärfrage, das Duell, das allgemeine Wahlrecht u. s. w. Ich möchte nur als Nachlese einige Punkte berühren, auf die mein Freund Pachnicke kürzlich nicht eingehen konnte.

Seitdem ich vor 14 Tagen hier in den Wahlkreis gekommen bin, hat man mir von den verschiedensten Seiten eine Frage vorgelegt, eine Frage mit so großer Dringlichkeit und Aengstlichkeit, mit der Gretchen ihren Faust fragt: Heinrich, wie hältst du's mit der Religion? Mit derselben Aengstlichkeit hat man mich gefragt: Meyer, wie hältst du's mit den Konsumvereinen? und dabei mit betrübten Gesichtern gesagt, wir wissen, daß wir von dir nichts zu hoffen haben, du bist ein Freund der Konsumvereine, du bist ein Manchestermann! Ich habe darüber lächeln müssen, wie falsche Vorstellungen man sich häufig von demjenigen macht, was man mit Manchestertheorie bezeichnet. Wollen Sie die reine Manchestertheorie in Beziehung auf die Konsumvereine und sonstigen Erwerbsgenossenschaften hören, so will ich Ihnen sagen, was vor 30 Jahren ein Mann, der als Vorkämpfer in der Manchestertheorie gelten konnte, Otto Wolf in Stettin gesagt hat: Der natürliche Zustand in der entwickelten Gesellschaft ist die Theilung der Arbeit. So wenig, wie ich daran denken kann, meinen Rock selbst zu schneidern oder meine Stiefeln selbst zu besohlen, so wenig kann ich selbst daran denken, zu erforschen, wo ich meinen Kaffee, meinen Zucker am besten und billigsten kaufen werde. Der naturgemäße Zustand ist der, daß man zum Kaufmann geht, dessen Geschäft es ist, mit Kaffee und Zucker zu handeln, von dem man erwartet, daß er die Bezugsquellen kennt, die beste Qualität aufsucht und die Preise nach der Qualität ermißt. Nach diesem Grundsatz habe ich immer gehandelt. Ich entnehme meine Bedürfnisse vom Kaufmann und mit Vorliebe von dem, der in der Nachbarschaft angesessen ist. Ich sage mir immer, wenn sich in meiner Nähe ein kleiner Buchbinder, ein Handschuhmacher angesiedelt hat, so erweisen diese mir den Dienst, daß ich jeder Zeit die Vorräthe, die ich brauche, bei ihnen vorfinde; darum will ich Jönen den Dienst erweisen, meine Bedürfnisse von ihnen zu entnehmen, so lange ich gut bedient werde. (Sehr richtig!) Das ist nach meiner Ueberzeugung der vollkommen korrekte Ausdruck des Liberalismus, des Manchesterthums.

Die Entstehung der Konsumvereine führt sich darauf zurück, daß es Gegenden gegeben hat, in denen der kleine Händler seine Schuldigkeit nicht in vollem Maße gethan hat, weil er sie nicht thun konnte. Es verhält sich mit den Konsumvereinen ganz anders als mit den Vorschußvereinen. Letztere sind ein Bedürfniß, welches von der Theilung der Arbeit in der Regel nicht befriedigt werden kann. Der einzelne Geldwechsler, der sich aufthun würde, genösse nicht den Kredit, dessen er bedarf, und es muß sich daher die Genossenschaft zusammenthun, um den nöthigen Kredit zu haben. Beim Konsumverein fällt dieser Grund weg. Sie sollten nach meiner Ueberzeugung nur da gegründet werden, wo man dem kleinen Händler den Vorwurf machen kann, daß er seine Schuldigkeit nicht thue. Ich gestehe zu, daß gegen diesen Grundsatz vielfach verstoßen worden ist. Das kann ich nicht vertreten. Nach meiner Ueberzeugung sollen Konsumvereine ein Mittel der Abwehr sein im Nothfalle und nicht als Selbstzweck betrachtet werden.

Nun liege es nahe, zu sagen, gut, so unterdrücke die Konsumvereine. Darauf muß ich erwidern, das geht nicht. Man kann in dieser Weise nicht in die Freiheit eingreifen, man kann, und das will ich zum Ausdruck gebracht haben, dem Einzelnen empfehlen, überlege dir sorgfältig, ob du deine Bedürfnisse nicht billiger und besser beim Kaufmanne befriedigen kannst, als wenn du die Mühe und Arbeit daran wendest, um zum Konsumvereine zu gehen; aber mit der scharfen Schere des Gesetzes jeden Auswuchs zu beschneiden, das ist ein Fehler, den ich auf allen anderen Gebieten des wirthschaftlichen Lebens bekämpft habe, und den ich auch in diesem Falle nicht mitmachen kann. Meine Ansicht ist die, daß die Konsumvereine keinerlei Begünstigungen genießen sollen, daß sie selber, soweit sie sich ohne Begünstigung erhalten, anerkannt werden müssen als Einrichtungen, welche ein Bedürfniß

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-18960629026/fragment/page=0002

befriedigen. Ich bin damit einverstanden gewesen, daß die Konsumvereine unter dieselben steuerrechtlichen und polizeilichen Vorschriften gestellt werden wie die Privatgeschäfte, und wenn man hierin noch etwas zurückgeblieben sein sollte, so bin ich gern bereit, zur Ergänzung die Hand zu bieten. Namentlich was den Verkehr mit geistigen Getränken anbetrifft, so sollen die Konsumvereine keinen Vorzug haben vor den Privatgeschäften. Soweit komme ich diesen Wünschen entgegen, weiter nicht.

Nun habe ich die Aeußerung gehört und Zuschriften bekommen, zum Theil anonym, die mir sagten, wenn Du Dich nicht entschiedener gegen die Konsumvereine erklärst, so sagen wir uns vom Liberalismus los. Dabei fiel mir eine Geschichte aus dem Jahre 1848 ein. Damals gingen einige Rheinländer zum kommandirenden General der rheinischen Provinz und sagten: Wenn du unsere Forderungen nicht bewilligst, so wird die Rheinprovinz von Preußen abfallen. Der General antwortete darauf: Wo wollt ihr denn hinfallen? So frage ich diejenigen Herren, die sich um der Frage der Konsumvereine willen vom Liberalismus los sagen könnten, wohin sie gehen wollen, wo sie die Partei finden, die die Wünsche des Kleinhandels sorgfältiger erfüllen wird, wie wir? Ist es die konservative Partei? Es kommt wohl vor, daß die konservative Partei im Reichstage Donnerworte gebraucht gegen den Schaden der durch die Konsumvereine verursacht wird. Wenn aber gesetzliche Bestimmungen kommen, die die Freiheit der Vereine einschränken wollen, so werden stets Ausnahmen gemacht, da müssen die landwirthschaftlichen Konsumvereine geschont und geschützt werden, denn sie nutzen dem Mittelstande! Sie sehen, daß hier ein Unterschied gemacht wird, der schlechthin als unzulässig bezeichnet werden muß. Thuen die Konsumvereine dem Kleinhandel Schaden, so thuen die landwirthschaftlichen Konsumvereine genau denselben Schaden. Und sehen Sie nicht, daß die konservativen Grundbesitzer selbständige Läden errichten, in denen sie ihre Produkte feilbieten, um den Zwischenhandel zu umgehen? Wo bleibt in solchen Fällen die intime Freundschaft zwischen den Großgrundbesitz und dem Mittelstand? Ich wünsche also jede Bevorzugung irgend eines Konsumvereins beseitigt zu sehen. Ich bin ein großer Verehrer des verstorbenen Generalfeldmarschalls Grafen Moltke, aber eine Aeußerung, die er einmal im Reichstage gethan hat, werde ich ihm nie verzeihen; er hat bei der Erörterung der Militärkasinos gesagt, der Offizier müsse das Recht haben, eine gute Flasche Wein zu trinken, ohne daß diese durch den Zwischenhandel vertheuert wird. In diesem Ausdruck liegt eine Verkehrung des Verhältnisses, eine gewisse Herabsetzung. Der Handel ist es, der für uns Vorräthe hält, der uns dadurch einen Dienst erweist, der durch Erweisung dieses Dienstes verdient, und der dafür, daß er verdient, Steuern zahlen muß und derjenige, der an Offiziere etwas verkauft, muß dieselben Steuern zahlen, wie derjenige, der einer Privatperson etwas verkauft. Ich möchte mit diesen Ausführungen nur darauf hingewiesen haben, daß die Interessen des Mittelstandes gewiß bei keiner anderen Partei kräftiger vertreten werden, als bei uns; und daß wir genöthigt sind, gewisse Wünsche zurückzuweisen, hat seinen Grund nur darin, daß wir solche Wünsche als undurchführbar betrachten. Ich frage die Vertreter des Mittelstandes, wo sie kräftigeren Schutz gefunden haben als bei dem Freisinn. Wer war es, der am eifrigsten gegen das Tabaksmonopol eingetreten ist, das unzählige kleine Existenzen vernichtet haben würde? Wer wars, der in sachkundigster Weise die Nachtheile der Tabakssteuer nachgewiesen hat. Einer meiner Fraktionsgenossen, Träger! Wer war es, der am kräftigsten das Branntweinmonopol zurückgewiesen hat? wiederum unsere Partei. Wer war es, der den kleinen Händler schützte, als man den Flaschenbierhandel erschweren wollte? unsere Partei. Wer tritt am nachdrücklichsten ein für die Erhöhung derjenigen Beamtengehälter, die bisher in ihren Forderungen zurückgeblieben sind, der Subalternbeamten? Wir lassen es uns stets angelegen sein, daß die Invaliden und Kombattanten aus dem Jahre 1870 besser versorgt werden, als es bisher geschehen konnte. Wir erfahren es nur zu schmerzlich, daß die Gelder nicht hierfür flüssig gemacht werden, weil man diese Gelder dazu benutzt, die Grundsteuer im Interesse des Grundbesitzes abzuschaffen und zu ähnlichen Zwecken. Das entspricht der gesammten politischen Haltung, die wir einnehmen. Wir können nicht dem Mittelstande im besonderen versprechen, alle seine Wünsche zu befriedigen. Aber das eine können wir ihm versprechen, und das halten wir, daß wir seine Interessen warm wahrnehmen wie die Interessen eines jeden anderen Standes. Dieses Versprechen kann aber keine der anderen Parteien erfüllen, die offenkundig für eine bestimmte Gesellschaftsklasse eintritt. Das ist meine Stellung zu den Konsumvereinen.

Nun, m. H. gestatten Sie mir noch einige persönliche Bemerkungen. Es kann ja nicht ausbleiben, daß im Laufe eines solchen Wahlkampfes allerlei unliebenswürdige Ausrufe vorkommen. Man hat von mir gesagt, ich sei eine Mumie geworden. Ich kann wohl annehmen, daß das ein Kompliment sein sollte, ich hätte mich so gut konservirt. Von einer andern Seite hat man zu der kühnen Redewendung gegriffen, die mir gewaltig imponirt hat, daß ich daß steife Rückgrat nicht an der rechten Stelle sitzen hätte. Das stelle ich gern meinem Arzte zur Beurtheilung anheim. Von anderer Seite sind andere Liebenswürdigkeiten gefallen.

Ich habe gesagt und das wiederhole ich, es giebt keine Klasse der Gesellschaft, die nicht Veranlassung hätte, auf eine Verbesserung ihres Lohnes hinzuarbeiten und ich gönne jeder Klasse der Gesellschaft diejenige Verfassung, die sie sich verschaffen kann. Aber ich wende mich, und das ist der Kernpunkt alles dessen, was ich in politischen Versammlungen spreche, gegen die Auffassung, als sei es möglich, durch ein papierenes Gesetz Zustände herzustellen, die man sich wünscht und die aller Noth abhelfen sollen. Bessere Zustände kann man nur herbeiführen, wenn man die Produktion vermehrt und dies geschieht dadurch, daß man die Arbeit entfesselt. Wenn mir ein Landwirth sagt, er wünsche die Lage der Landwirthschaft verbessert und ein Handwerker sagt, daß das Handwerk verbessert, und der Arbeiter, daß seinem Stande geholfen werden soll, so stimme ich dem zu. Ich wünsche es auch, und ich werde jedes Mittel ergreifen, von dem man mir nachweist, daß es diesem Zwecke dienen kann. Aber ich stelle mich auf den Standpunkt, daß ich zunächst in der schärfsten Weise prüfe, ob dieses Mittel wirklich helfen kann, und ob es, wenn es dem einen helfen sollte, dem andern nicht einen weit schwereren Schaden zufügt als der ist, dem hier geholfen werden sollte.

Ich habe namentlich gesagt, daß ich ein Interesse für die Landwirthschaft und für die Zuckerindustrie habe. Trotzdem habe ich aber vor 14 Tagen erklärt, daß wir gegen die Gesetze über die Zuckersteuer und die Börsenreform stimmen mußten, weil wir befürchteten, daß daraus der Landwirthschaft Schaden entstehe. Ich wiederhole diese Aeußerung heute nicht. Ich habe nicht mehr zu sagen, diese beiden Gesetze werden der Landwirthschaft Schaden thun, sondern in den 14 Tagen, die seitdem verflossen sind, haben sich die Verhältnisse bereits so geändert, daß diese Gesetze unermeßlichen Schaden gethan haben. Es sind die Zuckerpreise in einer so sprunghaften Weise gefallen, wie man es sich nimmermehr würde erklären können, wenn man nicht annehmen will, daß dieses verfehlte Gesetz daran die Schuld trägt. Es sind die Getreidepreise gefallen, weil der Kaufmann außer Stand gesetzt ist, dem Landwirth die angebotenen Vorräthe abzunehmen, da er nicht weiß, wie er diese Vorräthe wird absetzen können, da er darauf gefaßt sein muß, einen Theil dieser Vorräthe erst nach Monaten verkaufen zu können, und er nicht weiß, wie sich dann die Preise gestaltet haben werden. Diese Gesetze, die gemacht sind, ich gebe das zu, mit dem redlichen Streben, der Landwirthschaft und der Zuckerindustrie aufzuhelfen, haben in der That diese Berufszweige schwer geschädigt, und ich habe stets, wenn man in den Verkehr mit dem Messer einschneiden will, die Befürchtung, daß daraus ganz andere Wirkungen hervorgehen als diejenigen, die man beabsichtigt hat, **und diejenigen, von denen man glaubt, daß sie eintreten würden.** Diese Erfahrung, daß ein Gesetz, welches man zum Nutzen eines bestimmten Berufsstandes macht, zum Schaden aber dieses Standes ausschlägt. Diese Erfahrung ist bereits so unendlich oft gemacht worden, daß es für jemanden, der die wirthschaftlichen Verhältnisse mit Ruhe, ohne Leidenschaft, ohne Voreingenommenheit studirt, immer sehr schwer wird, sich zu einem Gesetze zu entschließen, von dem man eine bestimmte Wirkung erwartet, ohne zu bedenken, daß ganz andere Wirkungen eintreten können. Das ist die Erfahrung, die man auf anderen Gebieten auch macht. Wo man in einen lebendigen Körper einschneidet, wenn auch in der besten Absicht, ihn zu heilen, da entstehen sehr häufig Nebenwirkungen, die man nicht vorhergesehen hat, und vor denen man sich fürchtet. Darum ist es das A und das O meiner politischen Anschauungen, daß man, ehe man sich zu einem solchen Gesetze entschließt, sehr sorgfältig nach Anhörung aller Betheiligten prüfen soll, ob ein solches Gesetz nicht Wirkungen haben kann, die gerade denjenigen zuwiderlaufen, die man herbeizuführen beabsichtigt. Das ist, wie gesagt, in Kürze meine politische Auffassung; das ist der Grund, aus dem ich so häufig als Manchestermann bezeichnet werde.

Ich glaube, ich habe ein Recht, damit zu versichern, daß es mir nicht daran liegt, unter allen Umständen ein Mandat zu erhalten. Es ist nicht nothwendig, daß ich als Reichstagsabgeordneter sterbe; aber es ist nothwendig für mich, daß ich als überzeugungstreuer Mann sterbe. (Bravo!) Ich habe im Jahre 1873 das Abgeordnetenmandat für das Abgeordnetenhaus und für den Reichstag in der Stadt Berlin besessen. Es war der bequemste Wahlkreis, den man sich denken kann. Ich hatte nicht nöthig, Eisenbahnfahrten zu machen und lange Wagenfahrten folgen zu lassen. Es genügte, wenn ich ein einziges mal den Wählern gegenüber sprach. Die Wähler waren auf lange Zeit völlig mit mir zufrieden, und ich hätte einen völlig sicheren Sitz für die Lebenszeit gehabt, wenn ich mich dazu entschlossen hätte, immer so zu stimmen, wie die dort herrschende Richtung es wollte. Trotzdem habe ich mich ohne Zögern entschlossen, dieser herrschenden Richtung zuwider zu stimmen bei der Militärvorlage aus den Gründen, die mein Freund Pachnicke erschöpfend und in vollster Uebereinstimmung mit mir dargelegt hat. Als ich am 6. Mai 1873 nach der Auflösung des Reichstags den Saal verließ, that ich es in der festen Ueberzeugung, daß ich ihn nicht wieder betreten würde, denn ich wußte, daß mein Berliner Mandat verloren war.

Da kam der erneute Ruf von Halle her an mich heran. Ich habe mich verpflichtet gefühlt, ihm zu folgen. Die Stadt Halle hatte mir 9 Jahre hindurch sehr viel Liebes und Treues erwiesen, und es wäre schimpflich gewesen, wenn ich aus Bequemlichkeit mich diesem Rufe hätte entziehen wollen. So lange die Wählerschaft in Halle mit mir zufrieden ist, so lange werde ich nicht müde werden. Ich habe aber auch damals mit aller Klarheit meine Ueberzeugung dargelegt und erklärt, daß ich mich von derselben nicht trennen kann. Es hat mich unter diesen Umständen gewundert, daß ein Schreiben an mich ergangen ist, in welchem mir die Versicherung gegeben wurde, ich sollte die Stimmen der Zuckerfabrikanten haben, wenn ich für sie stimmen würde. Ich kann das nicht, meine Ueberzeugung war nicht so; denn ich führe den politischen Kampf um meiner Ueberzeugung und nicht des Mandats willen. Ich kann daher nicht in der Frage der Konsumvereine Zugeständnisse machen, die im Widerspruch mit meinen Ansichten stehen. Ich bin gern bereit, alle die Forderungen zu billigen und an deren Verwirklichung mitzuarbeiten, die mit meiner Ueberzeugung in Uebereinstimmung stehen.

Ich möchte noch einen anderen Punkt erwähnen, der in den letzten Tagen viele heftige Debatten hervorgerufen hat. Es ist gestern im Reichstage das Bürgerliche Gesetzbuch in zweiter Lesung angenommen worden. Ich habe bereits vor 14 Tagen ausgesprochen, daß ich das Werk im allgemeinen für gut halte, ohne zu verkennen, daß es hätte besser sein können. Ich freue mich von ganzem Herzen, wenn dieses Werk zustande kommt, weil damit die Einheit Deutschlands eine neue stärkende Gewähr bekommt. Es ist nun über einen Punkt Klage geführt werden, der Inhalt entspräche nicht den Anforderungen der neuen Zeit; es seien namentlich die Frauenrechte in Beziehung auf ihr Vermögen nicht genügend berücksichtigt worden. Da diese Agitation mit einer gewissen Leidenschaftlichkeit geführt worden ist, und die Verhältnisse, die dabei zu Grunde liegen, nicht so allgemein bekannt sind, wie man vermuthen sollte, denn es kommt ja im deutschen Vaterlande hin und wieder vor, daß jemand über Dinge spricht, die er nicht genau kennt, so will ich Ihnen sagen, was der Reichstag beschlossen hat.

Ich unterscheide drei Arten von Frauen. Ich unterscheide zunächst diejenigen Frauen, die eine höhere Bildung haben, die imstande sind, in Volksversammlungen, in Broschüren ihre Ansichten zu vertreten. Diesen Frauen ist das Recht gegeben worden, durch Eheverträge ihr Güterrecht dem Manne gegenüber so zu gestalten, wie sie es für zweckmäßig halten. Für die Frauen des Bürgerstandes, des Bauernstandes, des kleinen Handwerkers und Kaufmanns, die in der Wirthschaft des Mannes selbst mitarbeiten, für die Büdnerfrau, die im Kuhstall und Schweinestall arbeitet, während der Mann das Feld bestellt, ist eine Gütergemeinschaft vorgeschrieben aus dem Grunde, weil sich das Vermögen des Mannes von dem der Frau gar nicht unterscheiden läßt.

Für die Frauen der ärmeren Klassen ist eine Neuerung vorgeschrieben, die eine gewaltige Wohlthat in sich birgt. Es ist bestimmt, daß die Frau, was sie sich durch eigene von der Thätigkeit des Mannes getrennte Arbeit erwirbt, ihr Vermögen bleibt, über welches der Mann kein Recht hat. Das ist für gewisse Verhältnisse ein so gewaltiger Fortschritt, daß ich es für frevelhaft halte, das ganze Gesetzbuch aufs Spiel zu setzen, wenn dieser oder jener mit einer Bestimmung nicht einverstanden ist.

Ich sage, m. H., daß wir trotz alledem, was zu wünschen übrig bleibt, dennoch vorwärts kommen. Ich habe das feste Zutrauen, daß dieser Fortschritt anhalten wird, wenn wir den inneren und äußeren Frieden behalten. Mir würde es im Reichstage stets zur größeren Genugthuung gereichen, auch an dem kleinsten positiven Fortschritt mitzuarbeiten als an eine Position mich zu stütz en, zu der ich bereit bin, wo sie nothwendig ist, die ich aber vermeide, wo ich es für vortheilhaft halte, sie zu vermeiden.

M. H.! nothwendig ist es heute mehr denn je, daß jemand an denjenigen Grundsätzen, die er für die richtigen hält, unerschütterlich festhält Es ist heute schwerer wie je für denjenigen, welcher es vorzieht, sich der herrschenden Gewalt zu fügen, zu erkennen, woher der Wind weht. Es muß jeder den Kompaß in seiner eigenen Brust tragen.

Gestern abend veröffentlichte der Reichsanzeiger die Entlassung des Handelsministers v. Berlepsch. Derselbe trat vor 6 Jahren in das Ministerium ein mit dem Ruf, der berufene Vertreter desjenigen Kurses zu sein, der damals in der Sozialpolitik gesteuert werden sollte. Heutzutage hat er seine Ansichten nicht geändert, aber der Kurs ist geändert; und jeder, der nicht bereit ist, jeder Veränderung des Kurses zu folgen, wird sich in ähnliche Schwierigkeiten versetzt sehen, wie der Minister. Darum verharre ich bei der Grundanschauung, die ich hier ausgesprochen habe: Eine Aenderung unserer gegenwärtigen Zustände ist nur möglich auf dem Wege eines langsamen stetigen friedlichen Fortschritts, ist nur möglich durch die freie wirthschaftliche Thätigkeit des Einzelnen. Die Verhältnisse können nur dadurch besser werden, daß die Menschen selbst besser werden. Ich widersetze mich jeder Veränderung, die darauf berechnet ist, einem einzelnen bevorzugten Stande zu nützen; ich widersetze mich den Anforderungen der Agrarier, soweit sie darauf gerichtet sind, der Landwirthschaft Vortheile zu verschaffen, die andere Gesellschaftsklassen zu zahlen haben; ich widersetze mich den Anforderungen der Zunftpartei, die nur dadurch zu erfüllen sind, daß eine unendliche Anzahl nichtzünftlerische Handwerker brotlos gemacht werden; ich widersetze mich der Bevorzugung einzelner Klassen des Handelsstandes, die nur dadurch möglich **wird, daß andere Klassen desselben Handelsstandes, die Hausirer,** Detailreisenden aus ihrem Brote vertrieben werden.

Und, meine Herren, so lange es einzelne Stände giebt, welche sagen, wir wollen die ganze Gesetzgebung nach unseren Wünschen machen, so lange kann man es nicht vermeiden, wenn Arbeiterklassen auftreten und sagen, sie wollen den ganzen Staat nach ihren Wünschen umgemodelt sehen. Ich sehe eine Gefahr für unsere friedliche Entwickelung darin, daß man fortfährt, gewisse Klassen der Bevölkerung einseitig zu begünstigen. Unsere friedliche Entwickelung beruht auf dem einen Satze: Gleiche Gerechtigkeit gegen alle Stände; auf dem Boden des gleichen Rechts mag jeder seine Interessen verfolgen so gut er kann.

M. H.! Ich trage die Verantwortlichkeit dafür, daß sie meine Ansicht mit voller Offenheit und Klarheit kennen, trage die Verantwortlichkeit dafür, daß ich keinen Hintergedanken hege. Wie die Wahl auch ausfallen wird, dafür trage ich keine Verantwortlichkeit, dafür nimmt jeder einzelne Wähler sein Theil auf seine eigenen Schultern, und ich bin überzeugt, daß jeder Einzelne sich dieser Verantwortlichkeit bewußt sein wird.

Mag die Wahl ausfallen, wie sie will, der Stadt Halle und dem Saalkreise werde ich zu ewiger Dankbarkeit verpflichtet sein, daß er mir so lange Zeit sein Vertrauen bewahrt hat, und es wird mir für den Rest meines Lebens eine stolze Erinnerung sein. Diese würde ich aber trüben, wenn ich um Erlangung eines Mandates willen meine Ueberzeugung preisgeben wollte. (Lebhaftes Bravo!)

Prof. Dr. **Löning**: Hochverehrte Herren! Wenn ich nach den beiden trefflichen Rednern das Wort ergreife, so geschieht es nicht, weil ich nicht der Partei angehöre, wie die beiden Redner, es geschieht, weil ich Mitglied der nationalliberalen Partei bin, und ich glaube, daß ich verpflichtet bin, hier vor dieser großen Versammlung zu erklären, weshalb die nationalliberale Partei jetzt wie vor drei Jahren, ihre Mitglieder auffordert, schon im ersten Wahlgange für Herrn Dr. Meyer zu stimmen.

Wir haben die nationalen Interessen jederzeit über alle andern gestellt. Die Erfahrung der Wahlen in den letzten 10—15 Jahren hat gezeigt, daß wir nur dann den Wahlkreis der Sozialdemokratie entreißen können, wenn wir gemeinsam mit allen liberalen Parteien einen Kandidaten aufstellen und unterstützen. Es ist das in letzter Zeit vielfach bestritten worden, und die Ordnungspartei hat wiederholt ausgesprochen, das ist nicht richtig. Die Ordnungspartei hat sich aus der freikonservativen Partei entpuppt. Sie hat sich den neuen Namen gegeben mit dem Programm, alles zu thun, um hier die Sozialdemokratie aus dem Felde zu schlagen. Die Wahlen haben aber gezeigt, daß dies nur möglich ist, wenn ein liberaler Kandidat aufgestellt wird. Sie handelt jetzt gegen das von ihr aufgestellte Programm. Wenn sie als Grund anführt, daß auf dem Lande die Konservativen und Agrarier niemals für Dr. Meyer stimmen werden, sondern lieber den Sozialdemokraten in der Stichwahl siegen lassen werden, so würde ich, wenn ich Mitglied der konservativen Partei wäre, hiergegen entschieden Protest einlegen. Ich habe die Ueberzeugung, wenn Dr. Meyer in die Stichwahl kommt, daß die konservative Partei thatsächlich einen entschiedenen Protest einlegen wird. Sie sind patriotisch genug, um ihre persönlichen Interessen zurückzustellen, wenn es den Kampf gegen die Sozialdemokratie gilt. Von allen Seiten hören wir, daß sich die bürgerlichen Parteien zusammenschließen, um Front zu machen gegen die Sozialdemokratie. Jetzt wird gesagt, wenn ihr den aufstellt, der nicht unsere persönlichen Interessen vertritt, so wollen wir lieber den Sozialdemokraten haben. Ist das konservativ? ist das patriotisch. Ich erwarte die Antwort bei der Stichwahl, und ich bin überzeugt, daß die Konservativen die Antwort geben werden. Sie werden sich nicht der Stimmen enthalten, sondern Herrn Dr. Meyer ihre Stimme geben.

Und so fordere ich alle auf, die treu zu Kaiser und Reich stehen, schon im ersten Wahlgange ihre Stimme Dr. Meyer zu geben.

V. H.! Die Kandidaten der anderen Parteien haben die schönsten Versprechungen gemacht. Es ist nicht schwer, Versprechungen zu machen, aber sie halten. (Sehr richtig!) Diese Versprechungen, die von den Vertretern der agrarischen, konservativen, antisemitischen und zünftlerischen Partei gemacht werden, die von dem Herrn Geh. Rath Arndt gemacht werden, sie können nicht gehalten werden, denn sie widersprechen sich selbst. Selbst wenn die Herren die Absicht haben, die Versprechungen zu halten, sie sind dazu nicht imstande. Nicht nach dem Programm vor der Wahl, sondern nach den Parteien, an die sich die Kandidaten anschließen, sind sie zu beurtheilen.

Ich erlaube mir zur Charakterisirung dieser Partei nur auf zwei Vorkommnisse der letzten Tage hinzuweisen, die vollständig genügen werden. Schon mehrfach ist hervorgehoben worden, daß gestern der Reichstag eines der größten Werke, die dem Deutschen Reichstage vorgelegen haben, seine Zustimmung ertheilt hat, daß in 2. Lesung das Bürgerliche Gesetzbuch angenommen ist. Viele sind nun mit vielen Fragen nicht einverstanden. Wenn aber ein Engel vom Himmel ein Gesetzbuch herunterbrächte, es würden auch einzelne nicht damit einverstanden sein. Aber davon bin ich überzeugt, daß schon die gegenwärtige Generation den Segen der Gesetze noch empfinden wird, und künftige Generationen werden den Tag feiern, an dem das einheitliche Gesetz angenommen ist. Alle Parteien haben nun Konzessionen machen müssen; viele haben auf ihre Lieblingsideen verzichtet, und was haben wir in den letzten Tagen erlebt? Es ist schon jene Hasenfrage genügend erörtert worden. Man mag über diesen Punkt zweifelhaft sein; ich will das zugeben, ob ein Schadenersatz für Hasenfraß gegeben werden soll oder nicht. Man hat früher in der agrarischen Partei erklärt, ja, wenn den Großgrundbesitzern zugemuthet würde, den Hasenschaden zu bezahlen, dann stimmt die Partei gegen das ganze Gesetz. Das große Werk wäre also davon abhängig, daß die Großgrundbesitzer keinen Schaden zahlen sollen für Hasenfraß!!

Das charakterisirt die Partei!

Und weiter!

Die sozialdemokratische Partei hatte den Antrag eingebracht, daß Vereine der Arbeiter und Gewerbetreibenden, die gebildet sind, um bessere Bedingungen des Lohnes und der Arbeit zu erzielen, nicht als politische Vereine behandelt werden sollen, nicht jenen kleinlichen Bestimmungen unterworfen werden sollen, die zur Zeit der schlimmsten Reaktion erlassen wurden. Ich würde es mit Freuden begrüßt haben, wenn diese Bestimmungen angenommen wären. Aber man kann wieder verschiedener Ansicht sein, ob dieselben in das Bürgerliche Gesetzbuch gehören. Da hat nun aber der Führer der freikonservativen Partei, Frhr. v. Stumm, nicht in seinen Namen, sondern, wenn die Zeitungsnachrichten richtig sind, ausdrücklich im Namen der Partei erklärt, wenn diese Bestimmung in das Einführungsgesetz kommt, dann wollen wir kein Bürgerliches Gesetzbuch.

Das ist die freikonservative Partei, die Partei des Mannes der sich als Vertreter der Arbeiterklasse ausgesprochen hat!

Ich richte nun an Sie die Bitte, an die Wahlurne zu gehen und für Dr. Meyer zu stimmen. Ich bin überzeugt, daß die große Mehrzahl von Ihnen ihn wählen wird. Es besteht nun in vielen Kreisen eine Lässigkeit in der Wahl, die sehr leicht erklärlich ist. Man meint, auf eine Stimme mehr oder weniger kommt es nicht an. Das ist ein Irrthum. Die kurze Zeit benutzen Sie, um alle Wähler zu veranlassen, an die Wahlurne zu gehen und ihre Stimme abzugeben. Erst gestern hat in Graudenz der polnische Kandidat über den Deutschen mit 15 Stimmen Mehrheit gesiegt. Es sind auch keine 10 Jahre her, als in Merseburg die Wahl mit 1 Stimme Mehrheit entschieden wurde.

M. H.! Die Stadt Halle und der Saalkreis gehören zu den glänzendsten Städten deutscher Bildung, deutschen Wohlstandes. Hier hat deutsches Bürgerthum gezeigt, was es leisten kann. Sorgen Sie, daß unser Wahlkreis vertreten wird durch einen

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-18960629026/fragment/page=0003

echt deutschen Mann, der jederzeit treu gehalten hat zu Kaiser und Reich, der für Recht und Freiheit sein Leben lang eingetreten ist; wählen Sie einen Vertreter des deutschen Bürgerthums! Lebhaftes Bravo!)

In der nun folgenden Diskussion nahm zunächst von sozialdemokratischer Seite Herr Mittag das Wort, um die bekannten sozialdemokratischen Traumgebilde, u. a. den Ersatz des Heeres durch die Miliz, vorzutragen.

Hierauf griff Dr. **Krenbel** (Bund der Landwirthe) einige Ausführungen des ersten Redners an. Er bemerkte dabei, daß jeder Stand seine Interessenpolitik treibe. Herr v. Witz habe nur an der Börse spekulirt, um das Geschäft kennen zu lernen!!

Dr. **Suchsland** suchte zunächst nachzuweisen, daß der Großgrundbesitz sich nicht so sehr an den Bestrebungen des Bundes der Landwirthe betheilige. Er tritt dann für den Befähigungsnachweis ein und vertheidigt die „Liebesgabe" an die Branntweinbrenner, indem er meint, die Mehrerzeugung werde doch mit einer Strafe von 20 Mk. pro hl belegt!!

Dr. **Pachnicke**: Nun sehen Sie alle, in wie vielen Irrthümern wir uns bewegt haben. Ich begreife das herzliche Bedauern, das jene Herzen erfüllt, wenn man von „Liebesgaben" spricht. Gewisse Dinge nimmt man gern, aber hat sie nicht gern so bezeichnet, wie sie bezeichnet werden. Eine Strafe soll es sein für jeden, der über ein gewisses Maß Branntwein brennt. Merkwürdig ist folgendes: Der Preis des Spiritus richtet sich nach der 70 M.-Steuer, wie jeder, der einmal einen Börsenbericht in die Hand genommen hat, weiß. Sie können überall sehen, so und so viel kostet der unversteuerte und so viel der versteuerte. Nun wird für 2 Mill. hl nur 50 M. gezahlt; das bedingt ein baares Geschenk von 20 M. Wer auch noch eine so feine Spirituszunge hat, ob der Spiritus 50 oder 70 M. Steuern getragen hat, das kann niemand unterscheiden. Sollte aber jemand hierüber noch im Zweifel sein, so löst die Steuerbehörde denselben. Die giebt einen Steuerschein, der 20 M. Werth hat und von ihr zu diesem Preise eingelöst wird. Die Strafe lassen sich die Herren Brenner gern gefallen. Wenn es eine Strafe wäre, dann brauchte man sie ja nur aufzuheben, aber dagegen sträuben sie sich mit allen Kräften.

Der zweite Irrthum! Es soll nicht wahr sein, daß es im Interesse des Handwerks liegt, den Befähigungsnachweis abzuweisen. Es kommt immer auf die persönliche Tüchtigkeit des Handwerkers an. Die Prüfung ist dafür werthlos.

Weiter soll im Bund der Landwirthe der Großgrundbesitzer nicht den Ton angeben. Mit dieser Frage steht und fällt der Bund. Sobald wenn der Bauer klarmacht, daß er im wesentlichen die Interessen des Großgrundbesitzers vertritt, dann ist es vorbei. Wer hat die Vortheile? Nur derjenige, der eine große Brennerei besitzt, der kleine Landwirth hat keine Brennerei; streicht die Zuckerfabrik nicht jene Liebesgabe ein? Wer hat den meisten Vortheil davon, wenn die Getreidepreise höher geschraubt werden? Der Großgrundbesitzer, denn der mittlere Besitzer kommt gerade so aus, und der kleine muß noch hinzukaufen, hat also offenbaren Schaden.

Darum müssen mehr Praktiker in dem Reichstage sitzen, Großgrundbesitzer sind genug darin. Es muß ein Gegengewicht geschaffen werden von solchen Leuten, die nicht gewillt sind, die Politik der Großgrundbesitzer zu treiben.

Von Irrthümern bleibt also bei uns nichts übrig, aber auf jener Seite bleiben drei und mehr Irrthümer übrig.

Dr. **Meyer**: Ich will nur noch etwas hinzufügen; Dr. Suchsland hat gesagt, daß derjenige, der das Wort „Liebesgabe" erfunden hat, eine schwere Verantwortlichkeit trägt. Das war der frühere konservative Reichstagsabgeordnete v. Wedell-Maschow. Er sagte: „Wenn die Brennereien höhere Steuern zahlen sollen, dann müssen Sie uns eine Liebesgabe geben." Das haben sie getreulich nachgesprochen.

Prof. Dr. **Kohlschütter**: Sie haben den Standpunkt unserer Partei und unseres Kandidaten gehört. An Ihnen ist es, jetzt zu entscheiden, ob Sie ihm folgen wollen oder einem der Gegenparteien. Fern sei es uns, Stimmen zu fangen. Ich achte die Ueberzeugung eines jeden. Höher als die Interessen der Partei steht es uns, zu wissen, daß der Erwählte der Gewählte der Majorität sei, daß wir nicht zu sagen brauchen, es ist dann zufällige Majorität. Daher treten Sie an die Wahlurne und veranlassen Sie, daß sich jeder Wähler seiner politischen Verantwortlichkeit bewußt wird und sein Recht ausübt. Ehe ich schließe, bitte ich Sie, mit mir einzustimmen in den Ruf: Se. Maj. der Kaiser Wilhelm, er lebe hoch, hoch, hoch!

Mit einem Hoch auf Dr. Meyer wird die Versammlung um 7¾ Uhr geschlossen.

Provinzialnachrichten.

* **Merseburg**, 28. Juni. [Gegen die Bornaische Pferdekrankheit.] Der Herr Regierungspräsident erläßt soeben eine Bekanntmachung betr. die Abwehr und Unterdrückung der sog. Bornaischen Pferdekrankheit. Wir bringen dieselbe in ihrem Wortlaute im Anzeigentheile zur Kenntniß.

, **Weißenfels**, 28. Juni. [Reichstagswahl in Sicht? — Ertrunken.] Gerüchtweise verlautet, daß Herr Landgerichtspräsident Günther in Naumburg für den Posten des Oberlandesgerichtspräsidenten in Marienwerder die meiste Anwartschaft habe. Es wäre diese Personalveränderung von Bedeutung, da mit einer Beförderung des Herrn Präsidenten sein Mandat als Reichstagsabgeordneter erlöschen wäre, und wir im Wahlkreise Weißenfels-Zeitz-Naumburg eine Ersatzwahl bekämen. — In der Saale ertrank beim Baden der 12jährige Sohn des Kutschers Ludwig.

* **Teicha**, 29. Juni. [Ein Gesangskonzert] fand gestern in Föhre's Gesellschaftshause in Grötzsch statt; dasselbe wurde vom dortigen Gesangverein „Gemischter Chor" unter Leitung seines Dirigenten Herrn Kantor Liebe gegeben. Sämmtliche Lieder, sowohl diejenigen ernsten, als auch die heiteren Inhalts kamen mit Verständniß und Frische zum Vortrag, und sowohl Dirigent als Sänger zeigten, wie fleißig und freudig geübt war. Die trefflich angepaßte Klavier-Begleitung hatten Herr Kantor Liebe und einer seiner früheren Schüler übernommen. Rauschender Beifall lohnte die wackeren Sänger und ihren bewährten Dirigenten, denen noch viele solche Erfolge zu gönnen sind.

γ **Nordhausen**, 28. Juni. [Die Gründung der Harzquerbahngesellschaft,] ist, wie schon kurz gemeldet, am 25. d. zu Berlin erfolgt. Damit sind wir nun endlich, Gott sei Dank, am Ziele langer Arbeit und Mühe angelangt. In den Vorstand der Eisenbahn-Gesellschaft wurden gewählt: Erster Bürgermeister Schustehrus von hier, dessen unermüdlicher Thätigkeit in erster Linie das Zustandekommen des Unternehmens zu danken ist, als Vorsitzender, ferner der bei der kürzlichen Eisenbahnreorganisation mit auf Wartegeld gesetzte Regierungsrath und Baurath Sobeczko hier und Direktor Barnewitz-Berlin. In den zehnköpfigen Aufsichtsrath wurden der Fürstlich Stolbergische Kammerpräsident Grisebach zu Wernigerode, der Stadtrath und Handelskammervorsitzende Schmidt sowie der Stadtverordnetenvorsteher Willecke hierselbst, der Bürgermeister Schultz zu Wernigerode und noch 6 Vertreter der einzelnen Finanzgruppen gewählt. Sitz der Gesellschaft ist, so lange die Linie im Norden nicht vielleicht über Wernigerode hinaus verlängert werden und dann Wernigerode eintreten wird, Nordhausen. Die gerichtliche Eintragung der Gesellschaft erfolgt also gleichfalls hier. Von dem Aktienkapital von 5½ Mill. M. wurden 25 Prozent bereits baar eingezahlt. Der Bau der Bahn wird von ihren beiden Endpunkten im Norden und Süden her bereits kräftigst betrieben. Die Strecke Nordhausen-Ilfeld hofft man noch vor dem Winter fertigzustellen.

♂ **Erfurt**, 28. Juni. [Verbrannt. — Grober Unfug.] Auf kurze Zeit war am Freitag die im 6. Jahre stehende Auguste Wagner von ihrer Mutter in der elterlichen Wohnung allein gelassen worden. Das Kind hat sich dabei am Feuer zu schaffen gemacht, so daß seine Sachen Feuer fingen und die dadurch zugezogenen Brandwunden waren derartig schwere, daß es denselben andern Tages erlag. — Die „Thür. Tribüne" hatte seit geraumer Zeit unter der Rubrik „Allerlei aus dem Kampfe für Ordnung" die sich abspielenden politischen Prozesse ꝛc. und ihre Resultate veröffentlicht und es war darauf Bestrafung des leitenden Redacteurs wegen groben Unfugs erfolgt; es wurde deshalb die Ueberschrift jener Rubrik in „Politisches, Gerichtliches ꝛc." umgeändert, es ist jetzt aber auch wegen dieser Ueberschrift die Strafverfolgung des Redacteurs eingeleitet, und nunmehr erscheint jene Rubrik wohl auch noch, aber ohne besondere Ueberschrift. Es wird sich nunmehr herausstellen, ob nur durch bereits Ueberschriften oder den Inhalt der Rubrik der grobe Unfug verübt wurde.

* **Heiligenstadt**, 26. Juni. [Vom Blitze erschlagen] wurde zugleich mit 8 Schafen der Schäfer von Wüstheuterode, der während eines Gewitters unter einem Kirschbaum Schutz gesucht hatte.

* **Magdeburg**, 28. Juni. [Zwangserziehung verwahrloster Kinder.] Das Konsistorium macht es in einer Verfügung den Geistlichen und Gemeinde-Kirchenräthen zur Pflicht, dahin zu wirken, daß die der Verwahrlosung entgegengehenden Kinder — sofern die Voraussetzungen des Gesetzes vom 13. März 1878 überhaupt vorliegen — möglichst frühzeitig in Zwangserziehung gebracht werden.

⊽ **Kalbe** (S.), 28. Juni. [Ertrunken.] Gestern morgen ertrank der Maurer Seydel beim Angeln im Mühlengraben. S. wurde von Krämpfen, an denen er seit Jahren litt, befallen und stürzte von der Böschung des Grabens ins Wasser. Die Leiche konnte bisher nicht gefunden werden.

⊽ **Aken**, 26. Juni. [Ertrunken.] Nach einer Mittheilung der Verwandten des vermißten Schiffseigners F. Kaatz von hier ist derselbe in voriger Woche bei Aussig in der Elbe ertrunken. Die erwähnte Geldsumme soll derselbe nicht bei sich geführt haben.

, **Leipzig**, 28. Juni. [Bei dem heutigen 100 Kilometer-Meisterschafts-Straßenfahren] des Sächsischen Radfahrer-Bundes erschienen von den 31 angemeldeten Preisfahrern 30 am Start im Dresdener Vororte Pieschen, die denselben in Zwischenräumen von je 1 Minute verließen; 10 von ihnen gaben während der Fahrt den Kampf auf. Die Strecke selber war in fünf Kontrollbezirke eingetheilt. Als Erster ging in Leipzig durch's Ziel Wilh. Schulze-Flößberg mit 3 Std. 24 Min. 9⅗ Sek., Zweiter wurde K. Judisch-Leipzig mit 3 Std. 30 Min. 16⅕ Sek. Fahrzeit, und Dritter H. Miersch-Dresden mit 3 Std. 31 Min. 57⅗ Sek. Fahrzeit. Die Vertheilung der Preise an die Preisfahrer erfolgte am Sonntag abend im Saale des „Vereins für Volkswohl" hier.

☽ **Weimar**, 28. Juni. [Das großherzogliche Hoflager] ist gestern von Allstedt nach Belvedere verlegt worden, dort trafen der Herzog Johann Albrecht von Mecklenburg und Prinz Reuß VII., beide mit Gemahlinnen, zum Besuche ein. Die Frau Großherzogin hat sich nach Ettersburg begeben.

✠ **Eisenach**, 28. Juni. [Vom Deutschen Schachbund. — Mosengelfeier.] Die bereits gemeldete Verlegung des diesjährigen Deutschen Schachtongresses von Nürnberg nach Eisenach stellt sich als Folge ernster Meinungsverschiedenheiten heraus, die zwischen der Bundesverwaltung, Herrn Dr. Max Lange in Leipzig und dem nürnberger Schachkongreß-Komitee entstanden waren und allmälig sich derart verschärften, daß Nürnberg auf die Vorortschaft verzichtete. Seitens der Bundesverwaltung wurde nun Eisenach zur Kongreßstadt ausersehen, wo sich zur selben Zeit auch die Thüringer Schachfreunde zur Abhaltung ihres X. Kongresses einfinden werden. Für das Hauptturnier sind 8 Preise im Werthe von 300—25 M. ausgesetzt. Der erste Preisträger erhält den Meistertrag. Gespielt wird nicht, wie ursprünglich bestimmt war, im Gewerbehause, sondern im „Halben Mond". Was die erwähnten Differenzen anbelangt, so ist es kaum zweifelhaft, daß sie auf das fernere Fortbestehen des Deutschen Schachbundes einen bedauerlichen Einfluß ausüben werden. In der Delegirtenversammlung am 19. Juli wird man sich daher ebensalls auf ernste Kämpfe gefaßt machen dürfen und auf alle Fälle bleibt der tiefgehende Zwiespalt in der deutschen Schachwelt, der gegenwärtig auch seinen Ausdruck in einer scharfen Fehde innerhalb der Schachpresse findet, sehr zu bedauern. — In Schönau a. Hörsel hatten sich heute nachmittag die Stenographenvereine der verschiedensten Systeme des westlichen Thüringens (Eisenach, Gotha, Ruhla, Waltershausen) eingefunden, um an der Mosengelfeier theilzunehmen. Die Schule für vereinfachte Stenographie (System Schrey), welche gegenwärtig in Bonn tagt, hat gegenüber dem Vater der deutschen Stenographie, dem in Schönau geborenen Oberkonsistorialrath K. Friedr. Mosengeil, eine Ehrenschuld abgetragen, indem sie eine werthvolle Gedenktafel stiftete, welche am Pfarrhause in Schönau angebracht ist, aus schwarzem Marmor besteht und in Goldschrift die Worte trägt: „1796—1896. Dem Bahnbrecher deutscher Kurzschrift, Friedrich Mosengeil, geb. zu Schönau den 26. März 1773. Der Verband für vereinfachte Stenographie, System Schrey. 28. Juni 1896." Diese Tafel wurde heute in schlichter Feier enthüllt. Der Ortsgeistliche, Hr. Pfarrer Opel, hielt die Festrede, in der er Mosengeil als Vater der deutschen Stenographie, als Schriftsteller, Pädagogen und Kanzelredner feierte. Es reihte sich darauf noch eine Nachfeier in der „Schönen Aussicht" an.

* **Oberhof**, 28. Juni. [Prinzessin Beatrice,] die jüngste Tochter der Königin von England, Wittwe des Prinzen Heinrich Battenberg, weilt zur Nachkur augenblicklich hier. Sie lebt der Trauer wegen ganz zurückgezogen und incognito unter dem Namen einer Lady Carrisbrook.

* **Groß-Breitenbach** (Th.), 28. Juni. [Edelweiß.] Auf den Höhen des Waldes bei Gillersdorf fanden Spaziergänger an einem Feiertage etwa 30 kräftige Edelweißpflanzen. Es bot einen wahrhaft überraschenden Anblick, diese auf den höchsten Alpen, oft an schwer zugänglichen Stellen wachsenden beliebten Alpenpflanzen in unseren Bergen zu schauen. Die Pflänzchen schienen sich auch an ihrem Standorte ganz wohl zu fühlen und hatten prachtvolle Sterne, wie man sie in ihrer Heimath nicht schöner findet. Man nimmt wohl nicht mit Unrecht an, daß ein wahrhafter Naturfreund im Stillen die Anpflanzung besorgt hat; möge er Nachahmer in unseren Bergen finden und mögen vor allem andere „Natur—freunde" derartige Anpflanzungen nicht durch unnützes Abreißen wieder zerstören!

* **Harzburg** 27. Juni. [Pferdeauktion.] Bei der heutigen Auktion einjähriger Fohlen des Harzburger Gestüts wurde für 20 Fohlen die enorme Summe von 150,000 Mark erzielt. Die beiden theuersten Fohlen kosteten 25,000 und 21,000 Mark.

Handel, Gewerbe und Verkehr.

— **Niedersächsische Bank zu Bückeburg.** In der Generalversammlung waren 4,166,000 Mk. Aktien mit 879 Stimmen vertreten. Nach längerer Debatte wurden alle anderen Anträge theils abgelehnt theils zurückgezogen, dagegen die Vorschläge der Revisionskommission einstimmig angenommen, wonach der Aufsichtsrath an die Bank für 1,000,000 Mk. Aktien giebt, welche er zu dem Kurse von 102½ sofort zurücknimmt und die übrigen 5,000,000 Mk. Aktien um 20 Proz. reduzirt werden. Den Erlös etwaiger Regreßklagen erhält die Bank allein 1,000,000 Mk. neue Aktien zu dem Kurse von 102½ nimmt der Aufsichtsrath und bietet sie zu dem gleichen Preise den Aktionären an. Hierauf wurde einstimmig Entlastung ertheilt. Der Vorsitzende des Aufsichtsraths, Geheimrath Iffland, legte nach der Versammlung die Mitgliedschaft nieder.

— Die Aktionärenversammlung der Gotthardbahn genehmigte die Rechnung für 1895 und beschloss die Vertheilung einer Dividende von 7,4 Proz.

— **Minen-Dividende.** Die Dividende für das am 30. Juni ablaufende Halbjahr der Debeers-Gesellschaft ist auf 18 sh. (1895 12 sh. 6. d.) und ausserdem auf 4 sh. Jahresbonus festgesetzt worden.

— **Amerikanische Bohnen.** Die Baltimore Ohio Bahn wird die am 1. Juli fällige Dividende ihrer First Preference und auch die Dividende der Columbus Cincinnati Midland-Bonds nicht zahlen.

London, 27. Juni. (Goldminen-Kurse in Pfd. Sterl. Telegramm der Firma Schöber & Dönitz, Dresden). Schlusskurse vom 27. Juni. Süd-Afrik. Minen: Angelo 5,37, Crown Reef 11,87, Eastrand 7,81, Geldenhuis Deep 6,25, George Goch 2,37, Henry Nourse 6,87, Langlaagte 5,50, May consolidated 2,81, Meyer & Charlton 5,87, Modderfontein 7,12, Nigel 3,12, Rand Mines 30,75, Randfontein 2,93, Sheba 2,18, Transvaal Gold 8,25. United Roodeport 5,62, Van Ryn, New 4,75, Wolhuter 7,62. Süd-Afrik. Land-Ges.: Chartered 3,06, Exploration (New) 3,31, Mashonald Agency 2,25, Matabele Gold Reefs 4,06, Willoughbys Cons. 1,62. Australische Ges.: Brilliant Block 1,25, Fingall Reefs Ext. 0,50, Gibraltar Consol. 1,34, Golden Cement Claims 1,25, Great Boulder 7,56, Great Fingall Reefs 0,87, Hampton Plains 5,00, Hannans Brown Hill 6,37, Lond. & Cont. Inv. Corp. 0,21 prem., Lond. & W.-A Expl. 1,93, Lond. W.-A. Inv. 2,37, Menzies Gold Estate 0,87, Mount Morgan 3,37. Talisman 1,12. Tendenz: Ruhig.

Rio de Janeiro, 26. Juni. [Telegr.] Wechsel auf London 9⁴⁄₁₆.

Buenos Ayres, 26. Juni. [Telegr.] Goldagio 192.

Waaren- und Produktenberichte.

Getreide.

New York, 27. Juni. [Telegr.] Rother Winterweizen 69⅝, Weizen Juni 61⅝, Juli 61⅝, Sept. 62⅛, Dez. 64, Mais Juni 33⅝, Juli 33⅝, Sept. 34¼. Mehl 2,35. — Getreidefracht 1⅜.

Chicago, 27. Juni. [Telegr.] Weizen Juni 54⅝, Juli 54½, Mais Juni 26⅞.

* **Nordhausen**, 27. Juni. Weizen 15,00—15,75 M., Roggen 13,00—13,80 M., Gerste 13,00—15,00 M., Hafer 14,00—14,50.

* **Hamburg**, 27. Juni. Weizen loco ruhig, holsteinischer loco neuer 148—155. Roggen loco ruhig, hiesiger —,— Mecklenburgischer loco neuer 122—126, russischer loco ruhig, loco neuer 75—79. Hafer ruhig. Gerste ruhig.

* **Stettin**, 27. Juni. Weizen geschäftslos, loco —, per Juni-Juli —, per Sept.-Okt. 140.50. Roggen geschäftslos loco —, per Juni-Juli —, per Sept.-Okt. 111.50 Pomm. Hafer loco 118—121.

* **Wien**, 27. Juni. Weizen per Mai-Juni 6,70 Gd., 6,80 Br., per Herbst 6,65 Gd., 6,67 Br. Roggen per Mai-Juni 6,20 Gd., 6,30 Br., per Herbst 5,73 Gd., 5,5 Br. Hafer per Mai-Juni 6,20 Gd., 5,30 Br., per Herbst 5,71 Gd., 5,73 Br.

* **Pest**, 27. Juni. Weizen loco besser, per Mai-Juni 6,27 Gd., 6,32 Br., per Herbst 6,42 Gd., 6,43 Br. Roggen per Herbst 5,33 Gd., 5,34 Br. Hafer per Herbst 5,27 Gd., 5,29 Br.

* **Amsterdam**, 27. Juni. Weizen auf Termine ruhig, do. per Nov. 138, do. per März 136. Roggen loco flau, do. auf Termine behauptet, do. per Juli 89, do per Okt. 90, do. per März 94.

* **Antwerpen**, 27. Juni. Weizen ruhig. Roggen ruhig. Hafer träge. Gerste träge.

Zucker.

* **Paris**, 27. Juni. (Schluss.) Rohzucker behauptet, 88⅞ loco 28½. Weisser Zucker matt, Nr. 3, per 100 kg. per Juni 30, per Juli 30½, per Juli-Aug. 30¼, per Okt.-Jan. 30⅝.

* **London**, 27. Juni. 96⅝ Javazucker 12½ träge, Rüben-Rohzucker loco 10½, ruhig.

Kaffee.

* **Hamburg**, 27. Juni. Kaffee ruhig, Umsatz 1500 Sack.

* **Hamburg**, 27. Juni. (Vormittagsbericht.) Good average Santos per Juli 59¼, per Sept. 58½, per Dez. 56¼, per März 56½. Behauptet.

* **Hamburg**, 27. Juni. (Nachmittagsbericht.) (Bericht der Hamb. Firma Joswich u. Comp.) Kaffee good average Santos, per Juli 59¼ per Sept. 58, per Dez. 56¼, per März 56. Ruhig.

* **Havre**, 27. Juni. Vorm. 10 Uhr 30 Min. (Bericht der Hamburger Firma Peltmann, Ziegler u. Co.) Kaffee good average Santos per Juni 71,75, per Sept. 71,50, per Dez. 69,75. Behauptet.

* **Amsterdam**, 27. Juni. Java-Kaffee good ordinary 50.

Spiritus.

* **Hamburg**, 27. Juni. Spiritus still, per Juni-Juli 16½ Br., per Juli-Aug. 16⅞ Br., per Aug.-Sept. 17 Br., per Sept. Okt. 17 Br.

* **Stettin**, 27. Juni. Spiritus höher, loco mit 70 M. Konsumsteuer 33.30.

* **Breslau**, 27. Juni. Spiritus per 100 l 100% excl. 50 M. Verbrauchsabgaben per Juni 32,70, do. do. 70 M. Verbrauchsabgaben per Juni 32,60.

* **Paris**, 27. Juni. (Schlussbericht.) Spiritus matt, per Juni 31¼, per Juli 31½, per Juli-Aug. 31¼, per Sept.-Dez. 31¼.

Oelsaaten. Oele Fettwaaren.

* **Hamburg**, 27. Juni. Rüböl (unverzollt) ruhig, loco 47.

* **Bremen**, 27. Juni. Schmalz. Flau. Wilcox 23¾ Pfg. Armour shield 23 Pfg. Cudahy 23¾ Pfg., Choice Grocery 24 Pfg., White label 24 Pfg., Fairbanks 22¼ Pfg. Speck. Fest und lebhaft. Short clear middling loco 22 Pfg.

* **Stettin**, 27. Juni. Rüböl loco, fester, per Juni-Juli 45.50, per Sept.-Okt. 45.70.

* **Köln**, 27. Juni. Rüböl loco 50,50, per Juni 49,30 Br., per Okt. 49,30.

* **Pest**, 27. Juni. Kohlraps per Aug-Sept. 10.65 Gd., 10,75 Br.

* **Paris**, 27. Juni. (Schlussbericht.) Rüböl ruhig, per Juni 53½, per Juli 53½, per Juli-Aug 53½, per Sept.-Dez. 54½.

* **Antwerpen**, 27. Juni. Schmalz per März 53¼. Margarine ruhig.

* **Amsterdam**, 26. Juni. Rüböl loco —, pr. Herbst 24½, d°. per Mai 25.

Petroleum.

* **Stettin**, 27. Juni. Loco 10,65.

* **Hamburg**, 27. Juni. Petroleum loco ruhig, Standard white loco 6,15.

* **Bremen**, 27. Juni (Börsen-Schluss-Bericht) Raffinirtes Petroleum (Offis. Notirung der Bremer Petroleum-Börse) Ruhig. Loco 6,10 Br. Russisches Petroleum. Loco 6,00 Br.

* **Antwerpen**, 27. Juni. (Schluss-Bericht.) Raffinirtes Type weiss loco 17¼ bez. u. Br., per Juni 17¼ Br., per Juli 17¼ Br. Ruhig.

* **New York**, 27. Juni. Petroleum Standard white in New York 6,90, do. in Philadelphia 6,85, do. rohes (in Cases) 7,80 do. Pipe line Certific. per Juni 113,00, nominell.

Wolle. Baumwolle.

* **Leipzig**, 27. Juni. Kammzug-Terminhandel. Laplata, Grundmuster B., per Juni — M., per Juli 3,20 M., per Aug. 3,22½ M., per Sept. 3,23 M, per Okt. 3,27½ M., per Nov. 3,27½ M., per Dez. 3,30 M., per Jan 3,30 M., per Febr. 3,32½ M., per März 3,32½ M. per April 3,31½ M., per Mai 3,35 M. Umsatz: 165,000 kg. Ruhig.

* **Bremen**, 27. Juni. Baumwolle. Stetiger. Upland middl. loco 37½ Pfg.

* **Liverpool**, 26. Juni. Nachm. 12 Uhr 50 Minuten. Baumwolle. Umsatz 8000 B., davon für Spekulation und Export 500 B. Fest. Amerikaner ¹⁄₁₆, Indische ¹⁄₁₆ höher.

Middl. amerikan. Lieferungen: Juni-Juli 3⁵⁸⁄₆₄, Juli-Aug. 3⁵⁸⁄₆₄, Aug.-Sept. 3⁵⁷⁄₆₄, Sept.-Okt. 4⁰⁰⁄₆₄, Okt.-Nov. 3⁵⁹⁄₆₄, Nov.-Dez. 3⁵⁹⁄₆₄, Dez.-Jan. 3⁵⁹⁄₆₄, Jan.-Febr. 3⁵⁹⁄₆₄ d. Alles Werth.

* **Liverpool**, 27 Juni. Nachm. 1 Uhr 15 Minuten. Baumwolle. Umsatz 8000 B., davon für Spekulation und Export 500 B. Fest. Amerikaner ¹⁄₁₆, Indier ¹⁄₁₆ höher.

Middl. amerikan. Lieferungen: Stetig. Juni-Juli 3⁵⁸⁄₆₄ Werth, Juli-Aug. 3⁵⁹⁄₆₄ do., Aug-Sept. 3⁵⁸⁄₆₄, Käuferpreis, Sept-Okt. 3⁵⁹⁄₆₄ Verkäuferpreis, Okt.-Nov 3⁵⁹⁄₆₄—3⁵⁹⁄₆₄ Käuferpreis, Nov.-Dez. 3⁵⁹⁄₆₄—3⁵⁹⁄₆₄ do., Dez.-Jan. 3⁵⁹⁄₆₄—3⁵⁹⁄₆₄ Werth, Jan.-Febr. 3⁵⁹⁄₆₄ Verkäuferpreis, Febr.-März 3⁵⁹⁄₆₄ do, März-April d. Käuferpreis.

Hülsenfrüchte.

* **Wien**, 27. Juni. Mais per Mai-Juni 4,17 Gd., 4,19 Br., per Juli-Aug. 4,17 Gd., 4,19 Br. Sept.-Okt. 4,34 Gd., 4,36 Br.

* **Pest**, 27. Juni. Mais per Mai-Juni 3,88 Gd., 3,89 Br., per Juli-Aug. 3,88 Gd., 3,89 Br.

Paul Seiler Tuch und Buckskin. Versand direkt an Private franco. Halle (Saale.)

Odol, das beste für die Zähne! (ad

Gust. Uhlig Grösstes Lager der Provinz Sachsen in Hochzeits- und Jubiläums-Geschenken jeder Art mit und ohne Musik! Halle a/S.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-18960629026/fragment/page=0004